



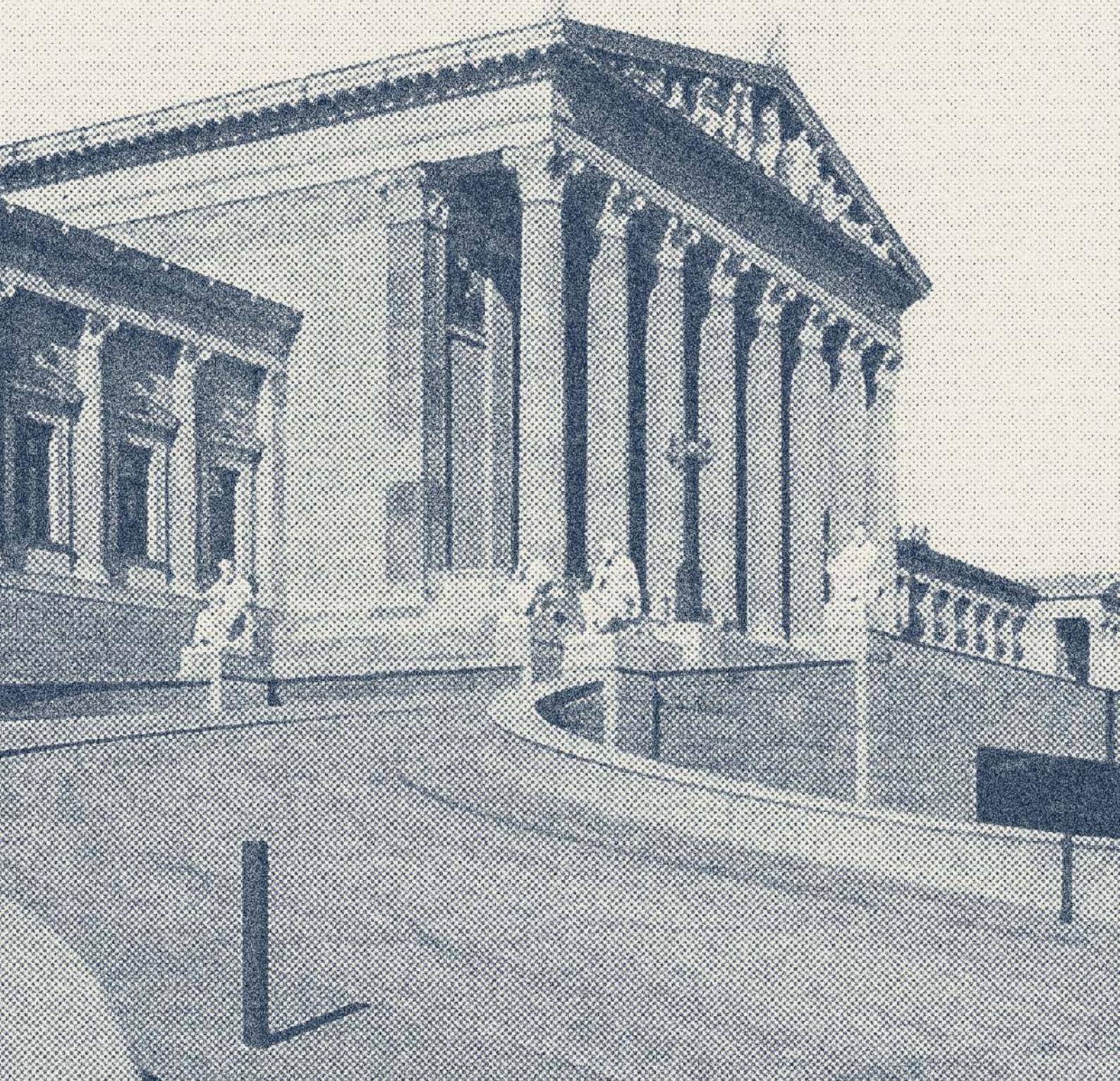
Parlament
Österreich

KARL BLE CHA

KARL BLECHA

im Gespräch mit Günther Schefbeck

Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen | Band 9



Parlamentsdirektion (Hg.)

**„.... wir müssen alles tun,
um die repräsentative
Demokratie zu stärken ...“**



Karl Blecha
im Gespräch mit Günther Schefbeck

**Das österreichische Parlament
in persönlichen Erinnerungen**

Band 9



Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ wurde vom Historiker und langjährigen Leiter des Parlamentsarchivs Günther Schefbeck ins Leben gerufen. Seine Gespräche mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates spiegeln die Geschichte von Demokratie und Parlamentarismus in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten wider. Gleichzeitig erlauben sie vertiefte Einblicke und beleuchten Zeitschichten aus völlig neuen und besonders spannenden Blickwinkeln – jenen der Gestaltenden selbst. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach. Zugleich zeichnen sie ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament und deren Veränderung durch Prozesse der Digitalisierung.

Die Interviewpartnerinnen und -partner von Schefbeck bilden das gesamte Spektrum ab: Präsidentinnen und Präsidenten des Nationalrates, Kluboblate, Abgeordnete zum Nationalrat, Präsidentinnen und Präsidenten des Bundesrates sowie Mitglieder des Bundesrates. Sie alle erleben Parlamentarismus in verschiedenen, einander teilweise überschneidenden Rollen. Die Analyse von Wendepunkten und die rückblickende Betrachtung ist dabei nicht nur eine für Interessierte spannende Lektüre – sie erlaubt in ihrer Bezugsetzung zur Gegenwart auch Lehren für die Zukunft.

Einleitung

Die österreichische Politik der 1970er- und beginnenden 1980er-Jahre hat niemand mehr geprägt als Bruno Kreisky, Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzender der SPÖ. Was Kreisky nicht zuletzt auszeichnete, war sein Blick für politische Talente, die er förderte und mit denen er sich umgab. Zu dieser Generation junger sozialdemokratischer Politiker, die Bruno Kreisky heranzog, zählte neben Hannes Androsch und Heinz Fischer vor allem Karl Blecha, der eine neue Dimension in die Politik der SPÖ einbrachte, nämlich die in der empirischen Sozialforschung gründende wissenschaftliche Politikberatung. Damit trug er insbesondere auch zu der erfolgreichen Wahlkampfführung bei, die Bruno Kreisky dreimal die absolute Stimmen- und Mandatsmehrheit bei Nationalratswahlen verschaffte.

Freilich hat für Karl Blecha die empirische Sozialforschung nicht die politische Wertorientierung ersetzt. Er selbst sagt dazu: „In der Politik bist du ein Gefangener der öffentlichen Meinung, wenn du auf das Leben nach bestimmten Grundwerten verzichtest. Dann brauchst du die Meinungsforschung, um festzustellen, was die Öffentlichkeit gerade denkt. Das ist Reaktion statt Aktion.“ Seine Überzeugung hingegen ist: „Wir brauchen die Einheit zwischen Wertesystem und Praxis, zwischen Handeln und Idee.“

Karl Blecha wurde am 16. April 1933 als Sohn eines Gemeindebeamten und gelittenen Schmiedes in Wien geboren, wo er auch aufwuchs. Nach der Matura am Bundesgymnasium in Wien-Döbling studierte er Psychologie, Ethnologie und Soziologie an der Universität Wien und arbeitete daneben als Journalist, Lektor und Werbeleiter. Sein Interesse an den neuen Methoden einer empirisch fundierten Soziologie führte ihn nach Köln und an das Institut für angewandte Sozialwissenschaft in Bad Godesberg, wo er sich mit den Methoden der empirischen Sozialforschung vertraut machte. Seine Kenntnisse vertiefte er, als er in Wien mit dem aus den USA zurückkehrenden Begründer der empirischen Sozialforschung Paul Felix Lazarsfeld zusammentraf, der hier das Institut für Höhere Studien gründete.

Auf seine Empfehlung hin rief Karl Blecha, um seine demoskopischen Untersuchungen zu professionalisieren, 1963 gemeinsam mit Heinz Kienzl, der damals als volks-

wirtschaftlicher Referent des Österreichischen Gewerkschaftsbundes tätig war, das Wiener Sozialforschungsinstitut ins Leben, das 1965 in Institut für empirische Sozialforschung (IFES) umbenannt wurde. Karl Blecha leitete das Institut auch neben seiner bald intensiver werdenden politischen Tätigkeit bis 1975 als Direktor und wirkte in dieser Funktion an verschiedenen Innovationen mit, die im Institut entwickelt wurden, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit der Nationalratswahl 1970 an einem Computermodell, das als Vorläufer heutiger Wählerstromanalysen gilt.

Schon als Schüler und in weiterer Folge als Student hatte sich Karl Blecha politisch engagiert, zunächst im Verband Sozialistischer Mittelschüler, dessen erster Bundesobmann er war, dann im Verband Sozialistischer Studenten Österreichs, als dessen Obmann er von 1954 bis 1956 fungierte. Von 1955 bis 1959 war er stellvertretender Vorsitzender der Österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Wien.

Bruno Kreisky, der 1967 zum Bundesparteivorsitzenden der SPÖ gewählt wurde, erkannte das Potenzial des jungen Sozialforschers Karl Blecha, dessen demoskopische Tätigkeit gut in sein eigenes politisches Gesamtkonzept einer auch in wissenschaftlicher Expertise fundierten Modernisierung Österreichs passte. So nutzte er nicht nur die Studien von Blechas Institut für die demoskopische Unterfütterung der inhaltlichen Positionen der SPÖ, sondern bezog Blecha auch mehr und mehr in die Parteiorganisation und insbesondere in die Wahlkampf vorbereitung mit ein. Schon von 1964 an war Blecha Mitglied des Landesparteivorstandes der SPÖ Niederösterreich. Sein persönlicher Schwerpunkt in der Parteiorganisation lag zu dieser Zeit in der Jungen Generation der SPÖ, als deren Bundesvorsitzender er von 1971 bis 1974 fungierte.

Damals war Karl Blecha bereits in den Nationalrat eingezogen. Bruno Kreisky hatte Wert darauf gelegt, dass er in einem niederösterreichischen Wahlkreis zwar nicht an sicherer, aber an wählbarer Stelle auf die Kandidatenliste der SPÖ gesetzt wurde, und als die SPÖ bei der Nationalratswahl 1970 die relative Stimmen- und Mandatsmehrheit erlangte, wurde auch Karl Blecha in den Nationalrat gewählt, dem er durchgehend bis 1983 angehören sollte. Hier fand er ein vielfältiges Aufgabengebiet vor, beispielsweise in der Justiz-, Medien- und Wissenschaftspolitik. Insbesondere

an den Justizreformen, die Justizminister Christian Broda bis zum Ende der SPÖ-Alleinregierung 1983 vorantrieb, war Blecha auf parlamentarischer Ebene maßgeblich beteiligt.

Als Wahlkampfleiter der SPÖ war Karl Blecha wesentlich dafür verantwortlich, dass es dem Spitzenkandidaten der SPÖ, Bundeskanzler Bruno Kreisky, 1971, 1975 und 1979 gelang, bei den Nationalratswahlen die absolute Mehrheit zu erringen. Auf diese Mehrheit gestützt, konnte die von Bruno Kreisky geführte Alleinregierung der SPÖ ihr viele Bereiche – von der Justiz- bis zur Bildungspolitik, vom Arbeits- bis zum Steuerrecht – umfassendes Reformprogramm erfolgreich durchführen. Neben seiner parlamentarischen Arbeit konzentrierte sich Karl Blecha mehr und mehr auf die Organisationsarbeit innerhalb der SPÖ, zu deren Zentralsekretär er 1975 neben Fritz Marsch 1975 bestellt wurde. Diese Funktion übte er bis 1981 aus, als er zum stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden aufstieg. Seit 1977 war Karl Blecha auch Bundesbildungsvorsitzender der SPÖ.

Bei der Nationalratswahl 1983 verlor die SPÖ die absolute, behielt aber die relative Stimmen- und Mandatsmehrheit. Damit ging die Ära Kreisky zu Ende. Bruno Kreisky schied aus den Funktionen des Bundeskanzlers und des Bundesparteivorsitzenden der SPÖ aus, die er an den bisherigen Vizekanzler Fred Sinowatz übergab. Es war noch Kreisky, der die Verhandlungen mit der FPÖ über die Bildung einer kleinen Koalition leitete und der auch dafür verantwortlich war, dass bedeutsame Regierungsämter mit seinen wichtigsten Vertrauten in der SPÖ besetzt wurden. Karl Blecha wurde das Amt des Bundesministers für Inneres anvertraut, das er auch nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Sinowatz 1986 in der von Franz Vranitzky geführten Bundesregierung und in der von Vranitzky nach der vorgezogenen Nationalratswahl 1986 mit der ÖVP gebildeten Koalitionsregierung innehatte.

Die Republik Österreich wurde in den 1980er-Jahren von einigen politischen Skandalen erschüttert, die auch Gegenstand parlamentarischer Untersuchungsausschüsse wurden. In zwei dieser Skandale war auch Innenminister Karl Blecha involviert: Im „Lucona“-Skandal ging es um einen Versicherungsbetrug im Zusammenhang mit der Versenkung des Frachtschiffs „Lucona“, bei der sechs Besatzungsmitglieder ums

Leben kamen, wofür der Wiener Cafetier Udo Proksch strafgerichtlich verurteilt wurde; Proksch hatte freundschaftliche Beziehungen zu verschiedenen Spitzenpolitikern der SPÖ unterhalten und genutzt, um die Ermittlungen gegen ihn zu behindern. Im Noricum-Skandal ging es um Waffenlieferungen des österreichischen Kanonенherstellers Noricum, die vermeintlich nach Jordanien bzw. Libyen gingen, tatsächlich aber in die miteinander im Krieg liegenden Staaten Irak und Iran gelangten. Dabei handelte es sich um eine Verletzung des Kriegsmaterialgesetzes und eine Gefährdung der österreichischen Neutralität. Als Innenminister war Karl Blecha mit beiden Materien befasst. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse deckten die Behinderung polizeilicher Ermittlungen und Falschaussagen des Innenministers auf. Als sich die Vorwürfe gegenüber Blecha immer mehr verdichteten, veranlasste Bundeskanzler Vranitzky ihn schließlich 1989, sein Ministeramt und, nachdem er für zwei Monate in den Nationalrat zurückgekehrt war, auch sein Abgeordnetenmandat und alle Partei-funktionen zurückzulegen. Im Zusammenhang mit beiden Affären musste sich Blecha in weiterer Folge auch vor Gericht verantworten. Im Noricum-Verfahren wurde er 1993 wegen Beweismittelunterdrückung und Urkundenfälschung zu einer neunmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt, die ihm bedingt nachgesehen wurde. Im „Lucona“-Verfahren wurde er freigesprochen, da die Staatsanwaltschaft ihre Berufung mit der Begründung zurückgezogen hatte, dass Blecha schon in der Noricum-Affäre wegen ähnlicher Delikte verurteilt worden war.

Mit dem Ausscheiden aus seinen Ämtern im Jahr 1989 schien Karl Blechas politische Laufbahn an ihr Ende gelangt, und er wandte sich wieder seiner beruflichen Tätigkeit in der Sozialforschung zu. Er gründete das Mitropa-Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung, mit welchem er sich insbesondere der Erschließung der sich damals neu eröffnenden ostmitteleuropäischen Märkte widmete, und übte die operative Geschäftsführung dieses Instituts bis 1999 aus.

In diesem Jahr kehrte Karl Blecha in die Politik zurück und wurde zum Präsidenten des Pensionistenverbandes Österreichs, der Seniorenorganisation der SPÖ, gewählt – eine angesichts der demografischen Entwicklung bedeutsame und in weiterer Folge immer bedeutsamer werdende politische Funktion, die er bis zu seinem



Karl Blecha, 1985



Karl Blecha mit Nationalratspräsident a. D. Andreas Khol und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bei einer Preisverleihung in Kooperation mit dem Seniorennrat im Parlament (2013)

85. Geburtstag im Jahr 2018, also 19 Jahre lang, bekleidete. Gemeinsam mit seinem Pendant, dem Obmann des Seniorenbundes der ÖVP – diese Funktion übte ab 2005 Andreas Khol aus –, prägte Karl Blecha in diesem Zeitraum die österreichische Seniorenpolitik und fungierte alternierend mit ihm auch als Präsident des Österreichischen Seniorenrates. Als wortmächtiger Verfechter der Interessen der älteren Menschen, insbesondere im Bereich des Pensionsrechts, blieb Karl Blecha somit fast zwei Jahrzehnte lang in der politischen Öffentlichkeit präsent, zumal er in seiner Verbandsfunktion auch dem Bundesparteipräsidium der SPÖ angehörte, deren Bundesparteivorsitzender Werner Faymann ihn 2012 mit der Koordination der Arbeit an einem neuen Parteiprogramm betraute. Auf dem Bundesparteitag 2018, auf welchem Pamela Rendi-Wagner zur Bundesparteivorsitzenden gewählt wurde, sollte das neue Parteiprogramm verabschiedet werden. Mit dieser programmatischen Arbeit hatte sich für Karl Blecha in gewisser Weise der Kreis seiner Tätigkeit für die SPÖ geschlossen, war er doch schon als ihr Zentralsekretär für die Vorbereitung des Parteiprogramms von 1978 verantwortlich gewesen.

Damit ist für Karl Blecha eine 65 Jahre umfassende politische Karriere zu Ende gegangen, beginnend mit dem Vorsitz des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler, endend mit der Präsidentschaft des Pensionistenverbandes Österreichs, in der er in verschiedensten Funktionen parteipolitisch gearbeitet hat. In der Sozialforschung arbeitet er weiter; nach dem Ausscheiden aus der Funktion im Pensionistenverband hat er ein Büro im Institut für empirische Sozialforschung bezogen, um von hier aus seine Aktivitäten fortzuführen.

Vor dem Tod hat Karl Blecha, wie er in einem Interview gesagt hat, „nicht die geringste Angst ... Das Einzige, was mich dann noch beschäftigt, ist die Frage: Habe ich alles getan? Für wen? Für alle, die mir lieb sind.“

Dazu zählen natürlich seine Familie – nachdem er schon zwei Töchter aus seiner ersten Ehe hat, hat ihm im Alter von 67 Jahren seine dritte Ehefrau eine weitere Tochter geschenkt – und seine Freunde, aber natürlich auch die politische Gemeinschaft, der er sich zugehörig fühlt.

Seiner beruflichen und politischen Aktivität stand stets auch ein hohes Maß an Lebenslust gegenüber. Sein langjähriger Freund Heinz Fischer hat sich anlässlich der Feier von Karl Blechas 90. Geburtstag daran erinnert, wie er selbst in jungen Jahren spätestens um 23 Uhr nach Hause gegangen ist, während Karl oder „Charly“ Blecha, wie ihn seine Freunde stets genannt haben, die Nächte durchgemacht hat. Dabei kam ihm, wie er selbst sagt, sein frühzeitig trainiertes geringes Schlafbedürfnis zugute.

In dem Buch, das Karl Blecha als Präsident des Pensionistenverbandes gemeinsam mit Andreas Khol und Christa Chorherr über das Alter verfasst hat, heißt es: „Ein Mensch mit Erfahrung ist keiner, der nur Erfolgserlebnisse gehabt hat. Menschen sollten durch Probleme und Brüche des Lebens reifer werden, das kann auch dazu führen, sich letztlich selbst viel weniger wichtig zu nehmen. Aber man kann für andere wichtig werden.“



Gespräch

4. November 2015

Interviewer: Herr Bundesminister, danke, dass Sie sich Zeit nehmen für dieses Gespräch. Sie sind im Jahr 1970 in den Nationalrat eingetreten, es war eine wichtige politische Wende in der österreichischen Geschichte – Mehrheitswechsel, SPÖ-Minderheitsregierung, einzige Minderheitsregierung, die es in der Zweiten Republik bisher gegeben hat. Was ist Ihre Erinnerung an den Eintritt in den Nationalrat, an den Tag der Angelobung?

Karl Blecha: Der Tag der Angelobung war ein Tag des Beeindrucktseins vom Haus, von der Zeremonie. Eine Vorbereitung auf diesen Tag hat es nicht gegeben.

Interviewer: Hat es eine Vorbereitung auf die Ausübung des Abgeordnetenmandats gegeben? Haben Sie sich mit den Verfahrensregeln beschäftigt, haben Sie Inhalte vorbereitet?

Karl Blecha: Selbstverständlich! Das ist relativ ausführlich geschehen, und da ich in der sozialdemokratischen – damals sozialistischen – Bildungsorganisation tätig war, hatte ich einen väterlichen Freund in der Person des Abgeordneten Czernetz¹. Und der hat mich darauf vorbereitet und, wie ich später erst erfahren habe, dem damaligen Klubobmann Bruno Pittermann² gesagt, wenn irgendwo jemand sehr rasch zu

1 | Karl Czernetz (1910–1978) galt wegen seiner Tätigkeit in der sozialdemokratischen Bildungsarbeit und seiner Funktion als Chefredakteur der Zeitschrift „Zukunft“ als Parteiideologe der SPÖ. Im Nationalrat, dem er von 1949 an bis zu seinem Tod angehörte, zogen seine Reden große Aufmerksamkeit auf sich. Czernetz fungierte auch als Internationaler Sekretär der SPÖ und gehörte seit 1956 als österreichischer Delegierter der Beratenden bzw. Parlamentarischen Versammlung des Europaparates an; von 1975 bis zu seinem Tod war er deren Präsident.

2 | Bruno Pittermann (1905–1983), nach dem Zweiten Weltkrieg Erster Sekretär der Wiener Arbeiterkammer, gehörte dem Nationalrat von 1945 bis 1971 an und übte bis zur Wahl des SPÖ-Bundesparteivorsitzenden und Vizekanzlers Adolf Schärf zum Bundespräsidenten die Funktion des geschäftsführenden Klubobmanns der SPÖ aus. Zum Parteivorsitzenden gewählt, war er Vizekanzler von 1957 bis 1966. Als die ÖVP bei der Nationalratswahl 1966 die absolute Mandatsmehrheit errang – der SPÖ hatte nicht zuletzt die Kandidatur einer von Franz Olah, der zuvor aus der SPÖ ausgeschlossen worden war, gegründeten Kleinpartei geschadet –, scheiterten die Verhandlungen über die neuerrliche Bildung einer großen Koalition, und Bruno Pittermann führte die SPÖ in die Opposition, wurde aber ein Jahr später als Parteivorsitzender von Bruno Kreisky abgelöst, welcher ihm die Funktion des geschäftsführenden Klubobmanns überließ. Von 1964 bis 1976 war Bruno Pittermann Präsident der Sozialistischen Internationale.

melden ist, nimmst den Blecha. Das habe ich dann vom Pittermann viel, viel später erfahren, weil ich mich darüber gewundert habe, dass ich plötzlich im Hohen Haus den Auftrag bekommen habe: Pass jetzt auf, Tagesordnung sowieso, da meld' ich dich!

Interviewer: Czernetz galt als einer der besten Redner im Nationalrat. Was für Erinnerungen haben Sie an ihn? – Klammer auf: ich habe zu ihm eine ganz persönliche Beziehung, weil ich einmal eine kleine Biographie von ihm geschrieben habe, darum interessiert mich seine Person besonders –, Klammer zu.

Karl Blecha: Ich habe schon darauf hingewiesen, dass ich in der Bildungsorganisation als Vertreter der Jungen Generation tätig war, und er hat auch immer die Jungen gefördert. Ich habe ihn dann beerbt in der Funktion des Bundesbildungsobmannes und war daher sehr eng mit ihm verbunden. Uns ging es darum, die Bildungs- und Schulungsarbeit in der Sozialistischen Partei als das Herzstück bekanntzumachen. Und wir sind beide davon überzeugt gewesen, dass ein aktiver Sozialist bestimmte Grundlagen haben muss, und dazu gehört eben die Geschichte der Partei, die genaue Kenntnis der sozialistischen Grundsätze, die man bei einer Umgestaltung der Gesellschaft nie außer Acht lassen darf, und dazu gehört auch die Vermittlung bestimmter handwerklicher Kenntnisse, wo ich auch Rhetorik dazuzähle. Und er war hier – neben dem Josef Hindels³, der uns junge Linke noch mehr begeistert hat als der Karl Czernetz – einer meiner Lehrer.

Interviewer: Im Rahmen dieses Bildungsprogramms sind Funktionärinnen und Funktionäre vorbereitet worden auf Ausübung von Funktionen. Hat es auch ein spezielles Programm für die Vorbereitung von Mitgliedern des Nationalrates und des Bundesrates gegeben?

³ | Josef Hindels (1916–1990), der sich schon als Jugendlicher gewerkschaftlich engagierte, flüchtete nach Verhaftung in der Zeit der Regierungsdiktatur 1937 in die Tschechoslowakische Republik, von wo aus er weiter nach Norwegen und schließlich nach Schweden ging. 1946 kehrte er nach Österreich zurück und war im ÖGB tätig, lange Zeit als Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten. Er engagierte sich in der antifaschistischen Bildungsarbeit und war stellvertretender Vorsitzender des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.

Karl Blecha: Nein, das haben wir nicht gehabt. Ich komme aus der Jugendbewegung, wir haben in der Jugendbewegung mit dem von mir schon einmal erwähnten Josef Hindels, der von uns mit seinem Kriegsnamen Bruno genannt worden ist, die SJ-Akademie aufgebaut, wir haben die sogenannten Lehrbriefe der Akademie verfasst. Für jeden Funktionär einer Jugendorganisation war es sozusagen Pflicht, um eine Funktion ausüben zu können, ein bestimmtes Schulungsprogramm absolviert zu haben. Besonderen Wert darauf haben wir bei der Jugendorganisation gelegt, die ich mitbegründet und auch längere Zeit geleitet habe, beim Verband Sozialistischer Mittelschüler⁴, und wir haben das dann, als ich vom VSM in den VSStÖ⁵ kam, auch dort zu praktizieren versucht. Da gab es aber die Richtungskämpfe links gegen rechts: die Rechten waren gegen solche Verpflichtungen, die Linken waren dafür. Also, es ist keine allgemeine Aufgabe geworden, wie das bei den Mittelschülern der Fall war.

Interviewer: Sie haben sich als Student mit dem damals noch jungen Fach der Soziologie beschäftigt und sind dann sehr früh – nach Beendigung Ihrer Universitätsstudien – in die empirische Sozialforschung eingestiegen – für Österreich ein ganz neues Feld, auch der Unterstützung der Politik.

Karl Blecha: Das Ganze hat so begonnen, dass der volkswirtschaftliche Referent des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Dr. Heinz Kienzl⁶ in den Fünfzigerjahren die

4 | Nachdem schon von 1925 bis zum Verbot 1934 ein Bund Sozialistischer Mittelschüler Österreichs (BSMÖ) bestanden hatte, wurde 1953 der Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM) neu gegründet, in welchem sich u. a. Karl Blecha, Heinz Fischer, Hannes Androsch und Ferdinand Lacina engagierten. Der VSM setzte sich für politische Bildung und die Verbreitung sozialistischer Ideen ein. Nachdem er sich ideologisch durch linksgerichtete Positionen von der SPÖ entfernt hatte, trennte er sich 1973 auch institutionell von der Partei und verlor in weiterer Folge rasch an Bedeutung.

5 | Bereits 1893 war in Wien die Freie Vereinigung Sozialistischer Studenten, 1922 dann der Verband Sozialistischer Studenten entstanden. Nach dem Verbot 1934 wurde der Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSStÖ) 1945 wieder ins Leben gerufen und war an der Gründung der Österreichischen Hochschülerschaft als gesetzlicher Interessenvertretung der Studierenden beteiligt. Von 1954 bis 1956 fungierte Karl Blecha als Vorsitzender des VSStÖ.

6 | Heinz Kienzl (1922–2020) war beruflich zunächst im ÖGB tätig und Mitbegründer der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft. Von 1973 bis 1988 war er Generaldirektor sowie von 1988 bis 1993 Vizepräsident der Österreichischen Nationalbank.

Idee hatte, man müsse das Instrument der Bevölkerungsbefragung, der Meinungsforschung doch auch für die Politik nützen können. Es passiert so vieles, von dem man den Eindruck hat, die Bevölkerung versteht es nicht, und es passiert manches nicht, von dem man den Eindruck hat, die Bevölkerung will das, also schafft man ein solches Instrument. Und daher wurde in den Fünfzigerjahren die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft gegründet. Wir waren zu dritt, der Dritte war der auch hier im Hohen Haus bekannt gewordene Dr. Rupert Gmoser⁷ aus Graz. Und ich war mit den Methoden der Erhebung, der Befragung, nicht sehr zufrieden. Die Fragebögen waren sehr gut von uns entwickelt worden, aber wir hatten ehrenamtliche Mitarbeiter, die über Rupert Gmoser aus der Gewerkschaftsbildungsorganisation gekommen sind, solche, die man einfach geworben hat bei verschiedenen Anlässen: „Na, kannst du nicht ... das wäre doch etwas Interessantes für dich?“ So hat man ehrenamtliche Mitarbeiter gefunden. Aber mit denen können Sie natürlich nicht jene sehr, sehr wichtigen Formen der Samplebildung und so weiter durchziehen. Und diese Unzufriedenheit hat dazu geführt, dass ich nach Köln gegangen bin, und ich hatte dort die große Chance, nicht nur bei René König⁸, dem – würde ich fast sagen – Vater der empirischen Sozialforschung im deutschsprachigen Raum, ein paar Vorlesungen zu hören, sondern auch mit Scheuch⁹, seinem Nachfolger, und mit Dr. Mayntz¹⁰ persönlichen Kontakt zu haben, und in die Geheimisse der empirischen Sozialforschung eingeweiht zu werden.

Zurückgekehrt nach Österreich habe ich bemerkt, dass empirische Sozialforschung etwas ist, was hier sehr kleingeschrieben wird, dass wir also Ende der Fünfziger-,

7 | Rupert Gmoser (1931–2008) gehörte 1978–1979 dem Bundesrat und 1979–1994 dem Nationalrat als Vertreter der SPÖ an. Er leitete die Otto-Möbes-Volkswirtschaftsschule der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark und galt als Vordenker der SPÖ.

8 | René König (1906–1992) war von 1949 bis 1974 Professor für Soziologie an der Universität Köln und einer der wichtigsten deutschen Soziologen seiner Zeit. Er setzte sich besonders für die empirische Sozialforschung ein und damit von einer sozialphilosophisch geprägten Soziologie ab.

9 | Erwin K. Scheuch (1928–2003), der 1956 bei René König mit einer Arbeit zur empirischen Sozialforschung promoviert hatte, bekleidete von 1964 bis 1993 einen Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Köln.

10 | Renate Mayntz (*1929) war als Soziologin vielfältig in der akademischen Lehre tätig, so als Professorin an der Freien Universität Berlin und an der Universität Köln. 1985 wurde sie zur Gründungsdirекторin des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln bestellt, das sie bis 1997 leitete.



Besuch des bulgarischen Staatspräsidenten Todor Schiwkov am 10. Oktober 1973;
Nationalratsabgeordneter Karl Blecha sitzt in der linken Tischreihe (2. v. re.)



Zweite Sitzung des Nationalrates während der XV. Gesetzgebungsperiode am 19. Juni 1979, Regierungserklärung von Bundeskanzler Bruno Kreisky; Nationalratsabgeordneter Karl Blecha sitzt in der zweiten Reihe (2. v. li.)

Anfang der Sechzigerjahre hier damit nicht sehr viel am Hut hatten. Und ich habe dann – und das war für meine Entwicklung, wonach Sie gefragt haben, von ganz besonderer Bedeutung – Paul Felix Lazarsfeld¹¹ kennengelernt, der aus den Vereinigten Staaten über das Institut für Höhere Studien, das er hier mitbegründet hat, nach Österreich zurückgekommen ist. Wir haben sofort einen sehr angenehmen persönlichen Kontakt gehabt. Das ist auch damit zusammengehangen, dass er zu Beginn der Ersten Republik Obmann des Bundes Sozialistischer Mittelschüler war. Und auch ich konnte ihm erzählen, ich war jetzt der erste Obmann des Verbandes Sozialistischer Mittelschüler, als man ihn wiedergegründet hat in der Zweiten Republik. Daraus entwickelte sich eine sehr enge Freundschaft, nachdem wir dann draufgekommen waren, wir kommen sozusagen aus dem gleichen Stall.

Und das war für mich dann so bedeutsam, dass ich durch den Kontakt zu ihm alles, was da passiert ist, aufgenommen habe: Begonnen hat es '40, '41 in den Vereinigten Staaten mit Untersuchungen über die Meinungsbildungsprozesse, Untersuchungen über Meinungsführer und deren Rolle in diesem Prozess, bis hin zur Klarstellung, dass das ein Doppelprozess ist: die Information ist das erste, aber die viel wichtigere Phase des Meinungsbildungsprozesses ist die Diskussionsphase, und bei der Informationsphase gibt es noch die Fehleinschätzung des Durchschnittsbürgers, dass er glaubt, was in der Zeitung steht; damals war das Radio noch entscheidender als das Fernsehen – was da an Informationen weitergegeben wird, ist das ganz Entscheidende. Und Lazarsfeld hat mir die Augen geöffnet, dass dem nicht so ist. Wichtiger ist, was am nächsten Tag, wenn man diese Informationen über die elektronischen Medien oder in der Früh durch die Zeitung bekommen hat, in der Kantine, an der Werkbank, im Büro diskutiert wird. – Hast du das gelesen, hast du das gehört? Und dann bilden sich halt bestimmte Personen heraus, die hier eine führende Rolle spielen. Und das alles habe ich von ihm. Und er hat dann zu mir gesagt: „Weißt du, mit ehrenamtlichen Mitarbei-

11 | Paul Felix Lazarsfeld (1901–1976) wuchs in Wien auf, wo er Mathematik studierte, sich dann aber der Sozialpsychologie zuwandte. 1933 ging er in die USA, deren Staatsbürgerschaft er 1943 erhielt. Er war dort u. a. als Professor der Soziologie an der Columbia University in New York City tätig. Lazarsfeld gilt als Begründer der modernen empirischen Sozialforschung, u. a. durch die gemeinsam mit Marie Jahoda und Hans Zeisel durchgeführte bahnbrechende Studie über „Die Arbeitslosen von Marienthal“. Mit der Gründung des Instituts für Höhere Studien in Wien im Jahr 1963 machte Lazarsfeld die Methoden der empirischen Sozialforschung auch in Österreich bekannt.

tern, das ist sehr schön, aber du müsstest ein Institut gründen, und da braucht man junge Wissenschaftler, die angestellt sind, die dafür etwas bezahlt kriegen, nur dann wird etwas daraus werden.“ Und so habe ich damals dieses Institut für empirische Sozialforschung gegründet, mit Unterstützung des Dr. Kienzl und damit des ÖGB; der hat sich aber nicht darum gekümmert, was wir da machen.

Und so habe ich also dieses Institut zu einem Zeitpunkt aufbauen können, als es empirische Sozialforschung in Österreich nur kleingeschrieben gegeben hat. Und der, der vom ersten Augenblick an die empirische Sozialforschung besonders zu werten verstanden hat, war Bruno Kreisky¹². Ich war zu dem Zeitpunkt auf der einen Seite mit dem Lazarsfeld, auf der anderen Seite mit dem Karl Czernetz und dem Bruno Kreisky sehr eng verbunden, der sich sehr beeindruckt gezeigt hat von Forschungsarbeiten, von den Vorstellungen, die man entwickelt hat, und der davon ausgegangen ist: Politik darf sich nicht an dem orientieren, was die Leute wollen, aber man muss wissen, was die Leute wollen und was sie ablehnen, um eine gute Politik durchzubringen. Das war das Entscheidende. Und wir haben dann mit Hilfe des Bruno Kreisky als Erste in Österreich begonnen, bestimmte wichtige politische Anliegen zu prüfen.

Wenn ich nur ein Beispiel sagen kann: Wir alle wussten, dass die Emanzipation der Frauen ein dringliches Anliegen ist. Es war die Kreisky-SPÖ, die hier eine besondere Rolle dem Kampf um Frauenrechte zugebilligt hat, unterstützt von Christian Broda¹³,

12 | Bruno Kreisky (1911–1990) war nach seiner Rückkehr aus dem Exil in Schweden zunächst als Diplomat tätig und wirkte von 1953 bis 1959 als Staatssekretär bzw. von 1959 bis 1966 als Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten in der Gestaltung der österreichischen Außenpolitik. 1967 wählte ihn die SPÖ, damals in Opposition, zu ihrem Parteivorsitzenden. Bei der Nationalratswahl 1970 errang er für die SPÖ die relative, bei den drei folgenden Nationalratswahlen 1971, 1975 und 1979 jeweils die absolute Mehrheit. Von 1970 bis 1983 bekleidete er, länger als irgendein anderer österreichischer Politiker vor oder nach ihm, das Amt des Bundeskanzlers. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der Nationalratswahl 1983 trat er als Bundeskanzler und in weiterer Folge als Parteivorsitzender der SPÖ zurück.

13 | Christian Broda (1916–1987), von Beruf Rechtsanwalt, gehörte von 1957 bis 1959 dem Bundesrat, von 1959 bis 1983 dem Nationalrat an. Als führender Justizpolitiker der SPÖ fungierte er zunächst in der Großen Koalition von 1960 bis 1966, dann in den SPÖ-Alleinregierungen von 1970 bis 1983 als Bundesminister für Justiz. In dieser langen Amtszeit setzte er umfassende Reformen, u. a. des Strafrechts, des Familienrechts und des Kindschaftsrechts, durch.

der der Vater der Familienrechtsreform ist. Und da hat man geschaut: Was sind da eigentlich die Themen? Und wenn man davon ausgegangen ist, was so in der Diskussion am stärksten eine Rolle gespielt hat, hätte man annehmen müssen, es ist der Kampf gegen den § 144¹⁴. Von Fristenlösung war noch nicht die Rede, aber von einer Beseitigung der Strafbestimmungen, die der 144er jahrzehntelang ausgelöst hat.

Das war es aber gar nicht, sondern wir haben – eben durch empirische Sozialforschung – festgestellt, dass die Benachteiligung der Frau in der Familie das Entscheidende ist. Und wodurch entsteht die? Nicht nur, weil im Gesetz gestanden ist: „Das Oberhaupt der Familie ist der Mann, die Frau hat dem Mann zu folgen, wo immer er hinzieht.“ Die Frau muss ihm aber auch folgen, wenn sie arbeiten will. Und da haben wir durch empirische Sozialforschung festgestellt: Da liegt der Hase im Pfeffer!

Denn bei der Gesamtbesteuerung, die Individualbesteuerung haben wir nicht gehabt, war es so, dass der Mann gesagt hat: „Pass auf, wenn du jetzt arbeiten gehst, hast du einen kleinen Verdienst, der wird aber mir dazugeschlagen, dann zahlen wir dafür noch Steuer. Das, was du da arbeitest, ist lächerlich und kompensiert in keiner Weise das, was mir verlorengeht, dass mir ein gutes ‚Papperl‘ gekocht wird, dass ordentlich aufg'räumt wird – bist du narrisch?! Für die paar Netsch willst du mir das alles sozusagen entziehen.“ Das haben wir herausgefunden. Und darauf hat dann

14 | § 144 des Strafgesetzes, welcher einen Schwangerschaftsabbruch unter Strafe stellte, war schon seit Langem, insbesondere von der sozialdemokratischen Frauenbewegung, kritisiert worden. Schon das Linzer Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von 1926 hatte die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs auf Antrag der Frau gefordert. Als Justizminister Christian Broda in der von Bruno Kreisky geführten Bundesregierung von 1971 an die Neukodifikation des Strafrechts betrieb, war daher auch die Beseitigung des § 144 ein wesentliches inhaltliches Anliegen, über welches jedoch keine Einigung mit der parlamentarischen Opposition zu erzielen war. Das 1973 vom Nationalrat beschlossene, als Strafgesetzbuch bezeichnete neue Strafrechtskodifikat beinhaltete die sogenannte Fristenlösung, also die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate. Nach einem Einspruch des Bundesrates fasste der Nationalrat 1974 einen Beharrungsbeschluss, und das Strafgesetzbuch trat mit 1. Jänner 1975 in Kraft.

Hannes Androsch¹⁵ mit besonderem Wissen des Bruno Kreisky schon in der Zeit der Minderheitsregierung den Vorschlag gemacht, wir werden jetzt die Individualbesteuerung einführen¹⁶. Jetzt hat der Mann nicht mehr das, was die Frau verdient hat, zu seinem Verdienst zugeschlagen gekriegt, sondern sie, wenn sie halt weniger verdient hat, hat auch wenig Steuern bezahlt. Und auf einmal hat der Mann keinen Grund mehr gehabt zu sagen: „Na, hallo, da kommt nix ins Haus!“ Also, das ist nur eines von vielen Beispielen, die ich da erwähnen könnte, das aber zeigt, wie sehr die Methoden der empirischen Sozialforschung beigetragen haben, konkrete Politik zu machen.

Interviewer: Ein faszinierendes Beispiel. Sie haben jetzt schon die SPÖ-Minderheitsregierung erwähnt, 1970/71, ein politisches Experiment, das in Österreich bisher einzigartig geblieben ist und das im Parlament zu ganz speziellen Formen der Zusammenarbeit geführt hat. Wie haben Sie diese Zeit der Minderheitsregierung als junger Parlamentarier erlebt?

Karl Blecha: Das war für mich faszinierend, weil ich beim Zustandekommen dieser Minderheitsregierung schon mit dabei war. Ich habe ja diesen Wahlkampf '70 als empirischer Sozialforscher auch zu beraten gehabt. Und auf besonderen Wunsch des Bruno Kreisky wurde ich auf eine zu erkämpfende Stelle im Wahlkreis Viertel ober dem Wienerwald an fünfter Stelle – wir hatten vier Mandate – gereiht, um ein biss-

15 | Hannes Androsch (1938–2024), beruflich Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, war von 1963 bis 1966 Klubsekretär und dann Konsulent im SPÖ-Parlamentsklub; von 1967 bis 1981 war er Abgeordneter zum Nationalrat, von 1970 bis 1976 Bundesminister für Finanzen und von 1976 bis 1981 als Vizekanzler mit der Leitung des Bundesministeriums für Finanzen betraut. Nach der Auseinandersetzung mit Bundeskanzler Bruno Kreisky, als dessen präsumtiver Nachfolger er angesehen wurde und der ihm die Teilhaberschaft an einer Steuerberatungskanzlei vorwarf, die auch Aufträge staatseigener Unternehmen erhielt, musste er seine politischen Funktionen zurücklegen. Die Funktion als Generaldirektor der Creditanstalt, die er von 1981 bis 1988 ausübte, verlor Androsch nach rechtskräftiger Verurteilung wegen Steuerhinterziehung sowie wegen Falschaussage vor dem parlamentarischen AKH-Untersuchungsausschuss, welcher den Skandal um die Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses Wien untersuchte. In weiterer Folge war er erfolgreich als Unternehmer tätig, u. a. als Miteigentümer der Salinen Beteiligungs GmbH und des Leiterplattenherstellers AT & S.

16 | Das Modell der Individualbesteuerung gilt im österreichischen Einkommensteuerrecht seit 1973. Die Familiensituation wird über Absetzbeträge wie den Alleinverdienerabsetzbetrag berücksichtigt.

chen etwas zu tun, damit wir vielleicht dort das Mandat gewinnen, was dann locker auch der Fall war bei der Wahl – am 1. März 1970 war die Wahl.

Ich war als einer der Berater des Bruno Kreisky dabei, wie er den Friedrich Peter¹⁷ angerufen hat. Da wird so viel hineingeheimnist, was da alles passiert ist. Es ging nur darum, dass die FPÖ und der Friedrich Peter vor der Wahl gesagt haben: weder Rot noch Schwarz! Wir sind die gewachsene Opposition, wir packeln weder mit den einen noch mit den anderen. Und das, was uns besonders am Herzen liegt, ist die Änderung des Wahlrechtes, das ja damals eine besondere Begünstigung der ÖVP bedeutet hat und eine ganz besondere Benachteiligung der FPÖ. Es sind ja in den Wahlkreisen die Mandate nach der Bürgerzahl zu verteilen gewesen, und das hat bedeutet, dass halt bestimmte Wahlkreise mit größerer Kinderzahl gegenüber den Wahlkreisen mit einer höheren Zahl älterer Mitbürger und geringerer – prozentmäßig geringerer – Zahl von Kindern begünstigt waren. Für ein Mandat im Wahlkreis Mühlviertel hat man ungefähr 18.000 Stimmen gebraucht – wenn ich es noch richtig in Erinnerung habe, ich habe mich da nicht vorbereitet, aber ich glaube mich erinnern zu können, es waren so 17.000, 18.000 Stimmen –, während man im Viertel unter dem Wienerwald, einer SP-Hochburg – Wiener Neustadt, Neunkirchen, Gloggnitz –, 30.000 Stimmen und in Wien-Floridsdorf 32.000 Stimmen für ein Mandat gebraucht hat.

17 | Friedrich Peter (1921–2005), von Beruf Volks- und Sonderschullehrer, später auch Landesschulinspektor, gehörte von 1955 bis 1966 zunächst als Vertreter des VdU, dann der FPÖ, dem Oberösterreichischen Landtag und von 1966 bis 1986 dem Nationalrat an. Seit 1958 war er Bundesparteitobmann der FPÖ, seit 1970 auch Obmann des FPÖ-Parlamentsklubs. Er bemühte sich um Stärkung des liberalen Elements in der FPÖ und erklärte sich 1970 bereit, die Minderheitsregierung von Bruno Kreisky zu tolerieren, wofür er eine die Wahlchancen der FPÖ verbessende Wahlrechtsreform einhandelte. Als Simon Wiesenthal 1975 die Mitgliedschaft Peters in einer SS-Einheit publik machte, die im Zweiten Weltkrieg tausende – vor allem jüdische – Zivilistinnen und Zivilisten ermordet hatte, löste er einen Skandal aus. Doch nicht so sehr Peters NS-Vergangenheit stand im Zentrum der Affäre, sondern vielmehr Wiesenthal selbst – denn Bundeskanzler Bruno Kreisky stellte sich kompromisslos auf die Seite Peters und diffamierte Wiesenthal. Auch wenn Peter seit 1978 nicht mehr Bundesparteitobmann der FPÖ war, handelte er nach der Nationalratswahl 1983, bei welcher die SPÖ die absolute Mehrheit verloren hatte, mit Bruno Kreisky die Bildung einer kleinen Koalition unter Bundeskanzler Fred Sinowatz und Vizekanzler Norbert Steger aus und verhalf damit der FPÖ erstmals zu einer Regierungsbeteiligung auf Bundesebene. Aus Protest gegen die Politik seines Nachfolgers Jörg Haider trat Peter 1992 aus der FPÖ aus.



Mitglieder der österreichischen Bundesregierung – Kabinett Fred Sinowatz I (24. Mai 1983 bis 16. Juni 1986),
Aufnahme aus 1983, (v. li.) Norbert Steger, Fred Sinowatz, Alfred Dallinger und Karl Blecha



Gruppenfoto der Bundesregierung: Bundeskanzler Fred Sinowatz (1. Reihe sitzend, Mitte), Vizekanzler Norbert Steger (1. Reihe sitzend, 2. v. re.) und Innenminister Karl Blecha (1. Reihe sitzend, ganz rechts)

Und für die Kleinen – FPÖ – war das überhaupt besonders schlimm, die ja dann bei dieser Wahl '70 nur fünf Mandate hineingebracht haben wegen des Wahlsystems. Und das war das besondere Anliegen. Es hat der Kreisky nicht angerufen: „Werden Sie eine Minderheitsregierung unterstützen?“ Das ist ja alles meiner Ansicht nach dann dazugedichtet worden. Das, was er gemacht hat, war, dass er den Peter angerufen hat: „Sind Sie weiter dafür: weder Schwarz noch Rot?“ Hat der gesagt: „Ja.“ Damit war ausgeschaltet, die ÖVP könnte vielleicht in der FPÖ einen Koalitionspartner finden.

Das Zweite war: „Stehen Sie noch dazu, dass wir das Wahlrecht ändern müssen?“ Da hat Peter gesagt: „Selbstverständlich, das ist meine Hauptforderung.“ „Gut, wir werden alles tun, um dieses Wahlrecht ändern zu können, würden Sie uns parlamentarisch dabei unterstützen?“ Darauf hat Peter gesagt: „Ja.“ Darauf hat der Kreisky gesagt: „So, jetzt kann man über eine Minderheitsregierung nachdenken. Eine parlamentarische Unterstützung kriegen wir jetzt einmal von den Freiheitlichen, die ein Wahlrecht wollen. Das müsste man als eines der ersten beantragen, und dann wird man vielleicht die Sicherheit haben, dass man eine Minderheitsregierung bilden kann.“ So war das damals¹⁸.

18 | Die 1970 beschlossene Nationalrats-Wahlordnung 1971, BGBl. Nr. 391/1970, erhöhte die Zahl der Mandate von 165 auf 183 und senkte die Zahl der Wahlkreise auf neun (die den neun Bundesländern entsprachen), jene der Wahlkreisverbände auf zwei. Für die Umrechnung der abgegebenen Stimmen auf die zu verteilenden Mandate wurde im ersten Ermittlungsverfahren auf Wahlkreisebene das System Hagenbach-Bischoff durch das System Hare ersetzt, was zur Folge hatte, dass die sogenannte Wahlzahl, also der Umrechnungsfaktor, im ersten Ermittlungsverfahren höher wurde und mehr Mandate für das Reststimmenverfahren auf Ebene der Wahlkreisverbände verblieben, wo unter Anwendung des Systems d'Hondt alle verbliebenen Mandate zu vergeben waren. Diese wurden somit „billiger“, was kleinen Parteien zugutekam. So sollte beispielsweise die FPÖ bei der Nationalratswahl 1983 im Durchschnitt 20.149 Stimmen für ein Mandat benötigen, die SPÖ 25.695 und die ÖVP 25.899. Das in der Bundesverfassung festgeschriebene Bürgerzahlprinzip, demzufolge die Zuteilung der Mandate an die Wahlkreise entsprechend der Zahl der in den Wahlkreisen jeweils lebenden Bürgerinnen und Bürger – und nicht nach der Zahl der Wahlberechtigten – zu erfolgen hatte und das damals ländliche Regionen aufgrund der höheren Kinderzahl der dort wohnenden Familien bei der Mandatszuteilung begünstigte, konnte 1970 nicht geändert werden, da die ÖVP nicht zustimmte und somit die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zu erhalten war. Mittlerweile hat es aufgrund der demographischen Entwicklung an politischer Brisanz verloren.

Und mit diesen Kenntnissen bin ich ins Parlament gekommen, mit dem ich mich vorher nicht so sehr beschäftigt habe, das sage ich ganz klar. Ich habe mich nur, wie ich schon erwähnt habe, sehr beeindruckt gezeigt vom Tag der Angelobung, vom Sprechen der Eidesformel, von dem ganzen Ritual. Aber richtig vorbereitet auf das Parlament habe ich mich nicht, weil ich mir gedacht habe, die Entscheidungen fallen sowieso woanders und nicht dort, wo die, die drinnen sitzen, glauben, dass es passiert (lacht).

Ein besonderes Ereignis für mich war die erste Fraktionssitzung, Vollversammlung. Bei der ist der Bruno Pittermann zum geschäftsführenden Klubobmann gewählt worden, und bei dieser habe ich mir erlaubt, als ganz frisch gewählter Abgeordneter, aufzuzeigen und um das Wort zu bitten. Das war einmal schon beunruhigend für viele: Was will denn der da? Der meldet sich da schon – das habe ich erst später erfahren, das ist ja gar nicht üblich –, der soll einmal etwas lernen, der soll einmal hören, wie es da zugeht. Der meldet sich da gleich.

Und dann habe ich mich also gemeldet, weil in diesem Wahlkampf die Jungen, der Leopold Gratz¹⁹, der Peter Schieder²⁰ und ich für die Junge Generation in der SPÖ, eine Aktion zur Herabsetzung des Wehrdienstes auf sechs Monate geführt haben, mit Inseraten, mit Versammlungen – eine Kampagne. Und dann war klar, jetzt muss man

19 | Leopold Gratz (1929–2006), zunächst Klubsekretär im SPÖ-Parlamentsklub, dann Zentralsekretär der SPÖ, von 1963 bis 1966 Mitglied des Bundesrates, danach bis 1973 Abgeordneter zum Nationalrat, war von 1970 bis 1971 Bundesminister für Unterricht bzw. für Unterricht und Kunst und übte von 1971 bis 1973 als geschäftsführender Klubobmann des SPÖ-Klubs eine zentrale parlamentarische Funktion aus, ehe er 1973 das Amt des Landeshauptmanns und Bürgermeisters von Wien übernahm, das er bis 1984 bekleidete. Dann trat er als Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten in die Bundesregierung Sinowatz ein und kehrte 1986 in den Nationalrat zurück, als dessen Präsident er bis zur Zurücklegung seines Mandats im Jahr 1989 fungierte.

20 | Peter Schieder (1941–2013), beruflich als Journalist tätig, war Vorsitzender der Sozialistischen Jugend, als er 1970 erstmals in den Nationalrat berufen wurde. Dieses Mandat legte er 1973 zurück, um die Funktion des amtsführenden Stadtrates für Umwelt in Wien zu übernehmen, die er bis 1984 ausübte. Von 1984 bis 1988 war er Zentralsekretär der SPÖ und bis 2006 Abgeordneter zum Nationalrat, wo er von 1994 an als außenpolitischer Sprecher der SPÖ fungierte. In der Parlamentarischen Versammlung des Europarates war er von 1995 bis 2002 als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion tätig, und von 2002 bis 2005 war er Präsident der Versammlung.

auch den Antrag stellen. Und da von den Unterzeichneten, die im Parlament waren, ich mit „B“ der erste war, war klar: Wenn man im Parlament einen Antrag stellt, dann geht das nach dem Alphabet, und daher wird das ein Antrag „Blecha und Genossen“ sein. Und daher habe ich mich gemeldet und habe gesagt: „Na ja, wir haben die Sechs-Monate-Forderung erhoben. Wir haben den Jungen versprochen, dass wir, wenn wir ins Parlament kommen, einen Antrag stellen werden – und das tue ich hiermit.“ Daraufhin ist ein Gelächter ausgebrochen, und ich kann mich noch ganz genau an den sehr, sehr wortgewaltigen Eisenbahnergewerkschafter Ulbrich²¹ erinnern, der sich auf die Schenkel geklopft hat und lachend gesagt hat: „Hörts euch den au, der wü scho an Auntrag stölln.“

Es war dann der Bruno Pittermann, der das beruhigt hat, er hat gesagt: „Leitln, des miaßts ja verstehn, des is ja woahr, wos der sogt, dass im Wahlkampf die gsogt haum, ‚wann s‘ gwöhlt wern, daun wern s‘ an Auntrag stölln auf sechs Monat, des muaß ma eam ja zuabilligen.“ Und dann wurde also schnaubend zur Kenntnis genommen, dass einer, der erst „einkriacht“, der das erste Mal da ist, auf einmal sogar „an Auntrag stölln derf“. Und tatsächlich ist dann dieser Antrag gleich gestellt worden²² und hat eben dann eine lange Diskussion in einer Bundesheerreformkommission ausgelöst, die in der Zeit der Minderheitsregierung praktisch alles vorbereitet hat für eine Änderung des österreichischen Wehrgesetzes.

Interviewer: Das Beispiel zeigt, dass die Seniorität damals im Nationalrat offenbar eine große Rolle gespielt hat.

Karl Blecha: Eindeutig!

21 | Ernst Ulbrich (1915–1974) war ab 1947 Sekretär, ab 1959 Zentralsekretär der Gewerkschaft der Eisenbahner sowie Vorsitzender der sozialistischen Fraktion in dieser Gewerkschaft. Von 1965 bis zu seinem Tod 1974 bekleidete er für die SPÖ ein Mandat als Abgeordneter zum Nationalrat.

22 | Die Abgeordneten Blecha und Genossen brachten am 20. Mai 1970 den Antrag betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Dauer der ordentlichen Präsenzdienstzeit von neun auf sechs Monate reduziert wird (8/A-XII. GP), im Nationalrat ein. Dieser Antrag wurde mit dem aufgrund einer Regierungsvorlage am 15. Juli 1971 beschlossenen Bundesgesetz, mit dem wehrrechtliche Bestimmungen neuerlich geändert werden, BGBl. Nr. 272/1971, miterledigt. Die Verkürzung der Präsenzdienstzeit trat mit 1. August 1971 in Kraft.

Interviewer: Wie haben Sie das erlebt, wie war die Laufbahn eines Abgeordneten, der jung in den Nationalrat eingetreten ist? Welche Karrierestationen hat er durchlaufen?

Karl Blecha: Ich und gleich dann nach mir der mir freundschaftlich ganz eng verbundene Heinz Fischer²³, der auch schon gehofft hat – und ich mit ihm! –, dass er vielleicht '70 schon den Sprung ins Parlament schafft ... Er ist dann '71 ins Parlament gekommen, und das hat uns beide unheimlich gefreut, und wir waren so eine Achse und sind freundschaftlich verbunden bis zum heutigen Tag.

Aber damals war es so, dass einmal entschieden worden ist von den Altvorderen, wie die Ausschüsse besetzt werden. Und ich darf noch einmal sagen, ich hatte hier erstens den Parteivorsitzenden Kreisky, der gemeint hat: „Also, wenn es irgendwo um Medienfragen geht, nehmt mir den Blecha, den brauchen wir da.“ Dann gab es den Bruno Pittermann, der gesagt hat: „Den möchte ich in einem Ausschuss haben, von dem aus es ganz klar ist, dass er zu allem Möglichen reden darf und reden kann“. Der hat das gemacht, ich habe dazu gar nichts beitragen können. Was Bildung und Außenpolitik betroffen hat, hat für mich der Karl Czernetz gesprochen und für die Justiz der Christian Broda.

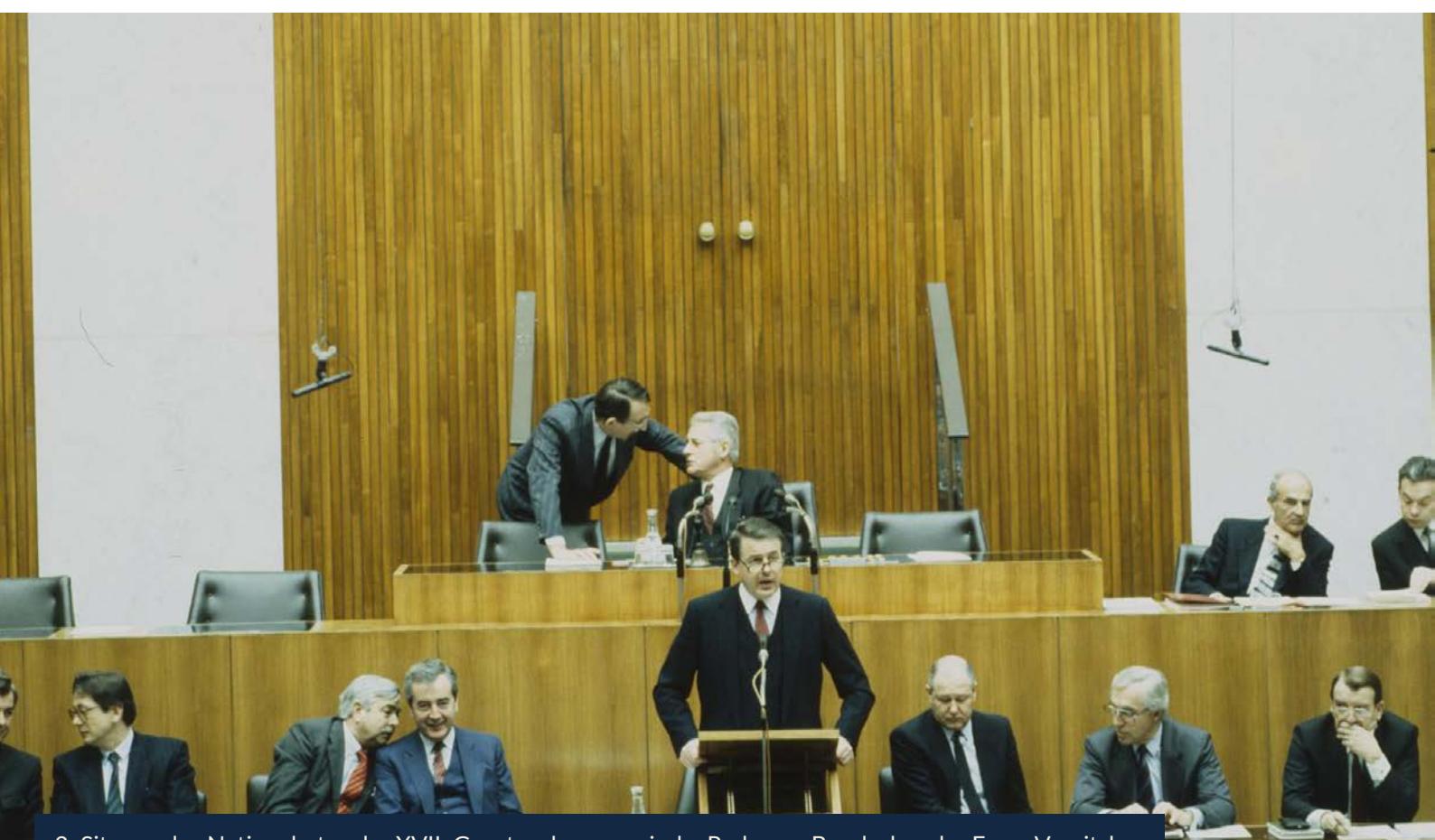
Zu diesem Zeitpunkt war der sozialistische Justizsprecher der Abgeordnete Skritek²⁴, ein sehr ordentlicher, intellektuell redlicher Mann. Der Christian Broda hat auch aufgrund der empirischen Sozialforschung – Frauenrechte, überhaupt Einstellung

23 | Heinz Fischer (*1938) trat 1962 als Jurist in den Dienst des SPÖ-Parlamentsklubs und war von 1964 bis 1975 Klubsekretär. Von 1971 bis 1983 und von 1987 bis 2004 gehörte er als Abgeordneter dem Nationalrat an. Von 1975 bis 1983 war er geschäftsführender Klubobmann, von 1987 bis 1990 Klubobmann des SPÖ-Parlamentsklubs. Von 1983 bis 1987 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung. Von 1990 bis 2002 war er Präsident, von 2002 bis 2004 Zweiter Präsident des Nationalrates. 2004 wurde er zum Bundespräsidenten gewählt, und er bekleidete dieses Amt nach seiner Wiederwahl im Jahr 2010 bis 2016.

24 | Otto Skritek (1909–1998), der von 1939 bis 1944 im Konzentrationslager Dachau inhaftiert gewesen war, wurde 1945 Sekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten und war als SPÖ-Mandatar von 1949 bis 1950 sowie von 1953 bis 1965 Mitglied des Bundesrates, von 1950 bis 1953 sowie von 1965 bis 1975 Abgeordneter zum Nationalrat. In den Jahren 1959 und 1964 fungierte er als Vertreter des Landes Wien als turnusmäßiger Vorsitzender des Bundesrates, von 1960 bis 1963 und von 1964 bis 1965 war er dessen stellvertretender Vorsitzender.



160. Sitzung des Nationalrates der XVI. Gesetzgebungsperiode, Bundeskanzler Franz Vranitzky (Mitte), Innenminister Karl Blecha (rechts davon) (1986)



2. Sitzung des Nationalrates der XVII. Gesetzgebungsperiode: Rede von Bundeskanzler Franz Vranitzky. Innenminister Karl Blecha sitzt in der ersten Reihe (3. v. re.) (1987)

zu bestimmten Formen des Strafrechts – Wert darauf gelegt, dass ich in den Justizausschuss komme. Ich habe dann auch den Otto Skritek mehr oder weniger zu beerben gehabt und die großen Justizreformen mitzuverhandeln gehabt mit dem Abgeordneten Hauser²⁵ von der ÖVP – ein ganz ordentlicher Mann mit Handschlagqualität, aber mit ganz klaren Grundsätzen, mit festen Standpunkten, was die Justizreform betrifft, an denen man wenig aussetzen durfte.

Das war dann für mich ein besonderes Kapitel, weil es hier um eine wirkliche Veränderung der Gesellschaft gegangen ist – das, was man also früher aus der austro-marxistischen Schule als den Überbau der Gesellschaft betrachtet hat. Den Unterbau, die Aufhebung der Klassen, das erreichen wir jetzt nicht, aber den Überbau können wir ändern mit den Mehrheiten, die wir haben. Und da muss man etwas tun. Und da war eben im Bereich der Justiz die Trägerrakete die Strafrechts- und Familienrechtsreform, und im Bereich der Bildungsreform waren freie Schulfahrt, Gratisschulbuch die entscheidenden Schritte zur Herstellung einer größeren Chancengleichheit im Bildungsbereich. Das war ein Dammbruch, den man da erreicht hatte.

Mit solchen Sachen habe ich mich beschäftigt. Da kam mir auch die von Hindels und natürlich auch – aber nicht in demselben, intensiven Maß – von Czernetz vermittelte austromarxistische Schule zugute. Man muss alles in einem Gesamtzusammenhang sehen. Man kann nicht sagen: „Aha, jetzt machen wir halt freie Schulfahrten, damit die Kinder da auch in ländlichen Gebieten zu höher gewerteten Schulen können“, und aus!; man hat es in einem Gesamtzusammenhang gesehen: Ich will eine Gesellschaft, in der es mehr Chancengleichheit gibt! Die ökonomische Gleichheit, die ja Beseitigung von Klassengegensätzen wäre, die bringe ich ja nicht durch, aber ich kann oben etwas ändern!

Und ich kann natürlich gerade im Bildungsbereich die Tore aufreißen, dass nicht mehr Herkunft und Börse des Papas bestimmt, welchen Bildungsweg ich gehe. Und da war

25 | Walter Hauser (1922–2017), zwischen 1962 und 1983 Abgeordneter zum Nationalrat, war als Justizsprecher des ÖVP-Parlamentsklubs in der Zeit der SPÖ-Alleinregierungen der Widerpart Christian Brodas in der Justizpolitik. Mit Broda verband ihn ein konstruktives Arbeitsverhältnis, dennoch vermochte er in den Verhandlungen über das Strafgesetzbuch keine Einigung in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs zu erzielen und verteidigte die Ablehnung der sogenannten Fristenlösung durch die ÖVP in der Plenardebatte am 27. November 1973 in einer vielbeachteten Rede.

das ein wichtiger Schritt. Also, Sie sehen, wir haben uns damals sehr viele Gedanken gemacht über eine Reform, die man jetzt im Parlament als Antrag formuliert oder die eben mit den Aufgaben in bestimmten Gebieten betraute Parlamentarier an die Regierung herantragen. Und die Mitglieder der Bundesregierung waren ja zum größten Teil gstandene Parlamentarier, die dann in diesem Reformprozess eine Rolle gespielt haben. Der Christian Broda war der, glaube ich, längstdienende Justizminister in der Geschichte überhaupt, weil der vorher schon in verschiedenen Regierungen Justizminister war; dann in der ÖVP-Alleinregierung kurzfristig dieser Funktion enthoben, und dann wieder. Aber in der Zeit, wo er nur im Parlament war, hat er auch sehr viele Sträuße ausgefochten über Fragen der Justizreform.

Die Hertha Firnberg²⁶, die dann die erste Wissenschaftsministerin geworden ist, hat ja Fragen der Umwelt und Wissenschaft schon als Parlamentarierin behandelt. Und so wäre jetzt der Reihe nach aufzuzählen: der Staribacher²⁷, der sich mit den Fragen der Handels- und Wirtschaftspolitik als Parlamentarier sehr stark auseinandergesetzt hat und jetzt Minister war ... so könnte ich die ganze Liste aufzählen. Das heißt, führende Parlamentarier waren jetzt Mitglieder einer Bundesregierung und haben daher gewusst, was man tun muss, um im Parlament entsprechende Verbündete zu finden, im Parlament bestimmte Sprecher zu bekommen, die das forcieren, was er jetzt auch als Minister gerne durchsetzen möchte. Und diese Verbindung habe ich gesehen und habe mich daher um die verschiedenen anderen Verhältnisse im Klub nicht gekümmert.

Ich habe gewusst, da gibt es den Bruno Pittermann, der ist da jetzt der Chef. Und dann gibt es den Parteivorsitzenden, das ist der Bruno Kreisky, der ist nominell der

26 | Hertha Firnberg (1909–1994) gehörte von 1959 bis 1963 dem Bundesrat und danach bis 1983 dem Nationalrat an. In der Zeit von 1966 bis 1981 war sie Vorsitzende des Bundes-Frauenkomitees der SPÖ. Als Sozialforscherin befasste sie sich insbesondere mit Fragen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Bundeskanzler Bruno Kreisky berief sie 1970 in sein erstes Kabinett mit dem Auftrag, ein neues Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung einzurichten. Das Amt der Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung übte sie bis zum Ende der Ära Kreisky im Jahr 1983 aus; in ihre Amtszeit fiel unter anderem die große Universitätsreform 1975.

27 | Josef Staribacher (1921–2014), beruflich in der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien tätig, zuletzt als Kammeramtsdirektor, gehörte für die SPÖ von 1961 bis 1983 dem Nationalrat an und bekleidete von 1970 bis 1983 das Amt des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie.

Chef der ganzen Abgeordneten, und dann gibt es die früheren Abgeordneten, die jetzt Minister sind, und die brauchen einen, aber eigentlich nicht, um etwas zu entwickeln, das passiert auf einer anderen Ebene.

Ich habe nicht den Eindruck gehabt, dass im Parlament damals die verschiedenen Reformschritte begründet worden sind, sie sind dann dort endverhandelt worden, und das waren entscheidende Prozesse, aber ausgegangen ist es vom jeweiligen Minister und nicht von einem Parlamentarier – außer die sechs Monate! (Heiterkeit.)

Interviewer: Diese Entstehung von Gesetzesinitiativen außerhalb des Parlaments auf Ebene der Ministerien, wie hat sich die vollzogen? Ist da die Ministerialbürokratie stark einbezogen worden in die Konzipierung, waren das Programme, die aus den Parteigremien über den Minister in die Ministerien hineingetragen wurden? Wie hat sich die Formulierung der großen Reformvorlagen vollzogen?

Karl Blecha: Beides hat es gegeben. Wenn ich wiederum die Justizreform als Beispiel nehme: Christian Broda hat ein unglaublich enges Verhältnis zu seinen Spitzenbeamten gehabt und hat die besten Beamten, die es in diesem Haus gegeben hat, zu seiner Zeit gehabt, die mehrheitlich der ÖVP zuzurechnen waren, aber vom Reformwillen beseelt waren und hier vor allem bei den Formulierungen von Gesetzesanträgen eine bedeutende Rolle gespielt haben. Also, das war in diesem Bereich ganz, ganz deutlich. Es waren blendende Juristen, die hier zuerst die kleine Strafrechtsreform, dann die großen Reformen formuliert haben²⁸, aber ausgegangen ist es von Christian Broda.

Und wenn es um besondere Bereiche gegangen ist, wie zum Beispiel um das Familienrecht und damit um die Fragen der Frau in der Gesellschaft, hat die Frauen-

28 | Das österreichische Strafgesetz ging auf das 19. Jahrhundert zurück: Das Strafgesetz 1852, seinerseits eine erneute Kundmachung des Strafgesetzes 1803 und der seitherigen Novellen, wurde 1945 neuerlich kundgemacht. Bemühungen um eine Neukodifikation waren in den 1960er-Jahren gescheitert, und ein solches Neukodifikationsvorhaben zählte daher zu den wichtigsten Zielen des Justizministers Christian Broda in der von Bruno Kreisky geführten Bundesregierung. Nachdem bereits die „kleine“ Strafrechtsreform im Jahr 1971 wesentliche inhaltliche Änderungen herbeigeführt hatte, wurde 1973 bzw. nach Einspruch des Bundesrates 1974 das als Strafgesetzbuch bezeichnete neue Strafrechtskodifikat vom Nationalrat beschlossen.

organisation eine Rolle gespielt. Und da, muss ich ganz offen sagen, war die treibende Kraft die Hertha Firnberg. Heute wird mehr die Johanna Dohnal²⁹ – sie war Sekretärin der Wiener Frauen – gesehen, die hat damals noch gar keine Rolle gespielt, die hat gar keine Funktion gehabt. In der Zeit, in der das verhandelt worden ist, waren das die Hertha Firnberg und die Steirerin Jolanda Offenbeck³⁰, die war auch Sprecherin im Justizausschuss für Frauenanliegen; die haben das hier vorwärts getrieben in der sehr heftigen Diskussion um die Fristenlösung, die weniger im Parlament als in der Partei geführt worden ist ... da hat es auch heftige Auseinandersetzungen gegeben, da habe ich mit einer führende Rolle gespielt, ich habe sogar eine Zusammenfassung der Geschehnisse rund um 144 und um die verschiedenen Reformvorschläge publizieren können³¹ – als Mann, als junger Mann, der da akzeptiert worden ist von den Frauen, und noch dazu als einer, der ein Verbindungsmann zur katholischen Kirche war, aufgrund der sehr guten Beziehungen, die ich zum Kardinal Erzbischof König³² hatte. Da ist im vor- oder außerparlamentarischen Raum vieles fast beschlussreif, würde ich sagen, diskutiert und verhandelt worden. Im Parlament ist dann die Verhandlung mit den anderen Parteien erfolgt – klarerweise. Zuerst war man sich einig, was man will, und dann hat man gesagt: So, jetzt habt ihr den Auftrag – die Parlamentarier –, jetzt schauts, dass die anderen nicht immer dagegenstimmen!

29 | Johanna Dohnal (1939–2010) war von 1972 bis 1979 Landesfrauensekretärin der SPÖ Wien und von 1973 bis 1979 Abgeordnete zum Wiener Landtag und Mitglied des Wiener Gemeinderates. 1979 wurde sie von Bundeskanzler Bruno Kreisky als Staatssekretärin ins Bundeskanzleramt berufen, wo sie für allgemeine Frauenfragen zuständig war. Diese Funktion behielt sie auch in den folgenden Bundesregierungen bis 1990 bei, 1990 wurde sie zur Bundesministerin ohne Portefeuille bestellt und mit der Leitung der zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehörenden Koordination in Angelegenheiten der Frauenpolitik betraut; sie war damit die erste österreichische Frauenministerin. Diese Funktion übte sie bis 1995 aus; von 1987 bis 1995 war sie auch Bundesfrauenvorsitzende der SPÖ.

30 | Jolanda Offenbeck (1930–2000), Juristin und Magistratsbeamtin in Graz, war ab 1975 Landesfrauenvorsitzende der SPÖ Steiermark und von 1981 bis 1987 Bundesfrauenvorsitzende der SPÖ. Von 1970 bis 1973 gehörte sie dem Bundesrat, von 1973 bis 1990 dem Nationalrat an.

31 | Karl Blecha, Recht und Menschlichkeit: Eine Dokumentation zur Änderung des § 144, Wien 1974.

32 | Franz König (1905–2004), 1933 zum Priester geweiht, war von 1952 bis 1956 Bischofkoadjutor in St. Pölten und von 1956 bis 1985 Erzbischof von Wien, seit 1958 war er Kardinal. Kardinal König machte sich insbesondere im Geiste der Ökumene um den Kontakt zu den Ostkirchen sowie in Österreich um die Aussöhnung zwischen Kirche und Sozialdemokratie verdient.

Und es war ja so, dass bei diesen Reformgesetzen, was von heutiger Warte aus verblüffend ist, fast alles einstimmig gegangen ist. Die ganze Justizreform – mit Ausnahme der Fristenlösung – war einstimmig. Das war der einzige Punkt, bei dem der Hauser gesagt hat: „Da kann ich nicht mitgehen“, aber sonst ist er überall mitgegangen, weil man sehr wohl in diesen parlamentarischen Verhandlungen auch vieles von dem, was er eingebracht hat, übernommen hat.

Und da ist wiederum etwas auf Ihre Frage zu sagen: In der Endphase hat sich herausgestellt, dass die Parlamentarier stärker sind als die Ministerialbürokratie. Die großartigen Juristen des Broda haben die Gesetzentwürfe mitgebastelt, er selber auch, ich kann mich erinnern, wie er mit seiner eigenen Handschrift auf Entwürfen seines Sektionschefs Ausbesserungen gemacht hat, aber endverhandelt ist es dann im Parlament worden, und da sind schon noch etliche Veränderungen, um Einstimmigkeit zu erhalten, erfolgt. Also, das Parlament war nicht ausgeschlossen in der Zeit der Alleinregierung. In der Minderheitsregierung war die Situation sowieso anders, und dann, als man '71 die absolute Mehrheit bekommen hat, hat man sich trotzdem bemüht, wo es immer ging – das war so die Kreisky-Linie – möglichst viel Einstimmigkeit zu erringen, indem man eigene Vorstellungen durchaus ein bisschen abändern ließ von anderen Parteien.

Interviewer: Wenn man die Statistik betrachtet, ist in der Tat die Rate an einstimmig beschlossenen Gesetzen eindrucksvoll, es sind 75 bis 80 Prozent je Gesetzgebungsperiode, heute liegen diese Prozentwerte viel niedriger. Wo haben sich diese Verhandlungen zwischen den Parlamentsfraktionen vollzogen? War das in den Ausschüssen, den Unterausschüssen, war das in informellen Gremien?

Karl Blecha: Die Verhandlungen haben zuerst, wenn man so will, zwischen den Fraktionssprechern stattgefunden, und die waren entweder im Parlament in den Klubs – man hat den Hauser zu uns eingeladen, der Hauser hat uns in den ÖVP-Klub eingeladen –, da waren dann fünf, sechs Abgeordnete beisammen, nie viel mehr, manches Mal waren wir sogar nur zu viert, und dann gab es eben vom Ministerium einen Juristen, der das volle Vertrauen, in dem Fall der anderen Fraktion, hatte, und der von seinem Standpunkt aus bestimmte Anregungen vorgebracht hat. Das war das eine.

Das andere war in den Ausschüssen selbst. Wir haben ja damals sehr viele Unterausschüsse gebildet – ich weiß nicht, wie es heute ist.

Interviewer: Viel weniger!

Karl Blecha: Damals hatten wir immer gleich einen Unterausschuss für ein bestimmtes Kapitel, und die haben im Parlament getagt und haben dort diese Verhandlungen geführt, unter Einbeziehung der Opposition. Man ist von der Partei hergekommen mit einem bestimmten Konzept, aber endgültig verhandelt ist im Unterausschuss worden, und der Unterausschuss hat das dann dem Ausschuss vorgelegt, und da ist nichts mehr geändert worden – in der Regel! Ich glaube, ein, zwei Mal, kann ich mich erinnern, hat es eine Änderung im Ausschuss gegeben, aber in der Regel waren die Unterausschüsse die, die das Gesetz fertig gemacht haben. Und das war im Parlament, während die Verhandlungen zwischen den Fraktionsführern manchmal auch außerhalb des Parlaments stattgefunden haben. Ich kann mich an Treffen im Sluka³³ erinnern, dass wir dort bei einem großen Brauner³⁴ und einer Torte gesessen sind und dann etwas zustande gebracht haben, was im Parlament im Unterausschuss nicht gegangen ist.

Interviewer: Die Unterausschüsse haben ja zum Teil jahrelang über die ganz großen Reformen verhandelt. Heute ist ja das nicht mehr vorstellbar. Hat es damals einen viel geringeren Druck auf die Entscheidungsgeschwindigkeit im Parlament gegeben, als es ihn heute gibt?

Karl Blecha: Na ja, es hat schon einen Druck gegeben – wir reden jetzt von der Zeit der Alleinregierung, die hat ja eine Mehrheit gehabt im Parlament. Da gab es bei vielen in den Unterorganisationen der Partei wenig Verständnis, dass man so lange herumverhandelt, denn schließlich haben wir die Mehrheit, und wenn wir das für

33 | Die Conditorei Sluka wurde 1891 von Wilhelm Josef Sluka in einem der Arkadenhäuser des neu erbauten „Rathausviertels“ gegründet; Sluka erhielt bereits 1896 den Titel eines K.-u.-k.-Hofzuckerbäckers. Wegen der räumlichen Nähe zum Parlamentsgebäude wird das Sluka bis heute auch häufig von Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften aufgesucht.

34 | Unter den österreichischen Kaffeespezialitäten ist ein kleiner bzw. großer Brauner ein einfacher bzw. doppelter Mokka mit Obers oder Milch.

richtig halten, dann soll es geschehen. Und man hat sie überzeugt, indem wir gesagt haben: Ja, aber bei dem, was wir selber wollen, haben wir ja viele Diskussionen in der eigenen Partei. Warum sollen wir nicht die anderen da mitdiskutieren lassen? Ihr wollt innerhalb der Partei nicht, dass die Mehrheit über die Minderheit drüberfährt. Jetzt müssen wir diese Art der Gesprächskultur natürlich auch im Parlament beweisen. Also, das war der Grund. So etwas gab es immer wieder, aber man hat dann Verständnis gefunden, indem man gesagt hat: Es muss das Allerbeste, von dem die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung auch überzeugt ist – das ist das Allerbeste, was jetzt erreichbar ist –, zustande kommen.

Interviewer: Wir haben jetzt über die Verhandlungen zwischen den Fraktionen und über die innerparteilichen Diskurse gesprochen, auch über das Verhältnis zwischen den Ministerien oder der Ministerialbürokratie und dem Parlament in der Gesetzesvorbereitung. Inwieweit ist die Zivilgesellschaft und inwieweit sind zivilgesellschaftliche Organisationen in die Gesetzesvorbereitung eingebunden gewesen?

Karl Blecha: Zuerst einmal sind es die Organisationen innerhalb der Parteien. Wir haben die Frauenorganisation schon erwähnt, wir haben die Jugendorganisationen erwähnt, die natürlich ihre eigenen Vorstellungen zu Papier gebracht und dann kampagnisiert haben. Das war einmal das erste. Und bei diesem Vertreten bestimmter Forderungen hat man sich um Verbündete in den anderen Organisationen der Zivilgesellschaft umgeschaut. Also, ich habe schon erwähnt, dass ich eine Zeitlang ein Verbindungsmann der Sozialdemokratie zu den Kirchen war – von der katholischen Kirche ist es ausgegangen. Ich habe dann Wert darauf gelegt, als wir die ACUS, Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus³⁵, neu belebt und gestärkt haben, dass wir alle christlichen Religionen einmal einbeziehen und dass wir uns in einer

35 | Die 1951 gegründete Arbeitsgemeinschaft für Kirche und Sozialismus (AKS) wurde 1959 als Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Katholiken (ASK) vom Bundesparteivorstand der SPÖ offiziell anerkannt und 1967 in Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus (ACUS) umbenannt. Nach einer im Zusammenhang mit der sogenannten Fristenlösung eingetretenen Krise beauftragte der Parteivorsitzende Bruno Kreisky den Zentralsekretär Karl Blecha mit einer Reaktivierung der ACUS, für die der Bundesparteivorstand der SPÖ 1978 neue Richtlinien beschloss. In den folgenden Jahrzehnten ging das innerparteiliche Gewicht der ACUS zurück.

Zeit, in der es zum ersten Mal auch Gastarbeiter gegeben hat, die ein orthodoxes Glaubensbekenntnis hatten, mit denen beschäftigen – mit den Protestanten sowie-so, die haben ja von ihrer Entwicklung her eher zur FPÖ und zur SPÖ und weniger zur ÖVP geneigt, das kann man in den protestantischen Gemeinden in Kärnten, aber auch in Salzburg und Oberösterreich leicht nachlesen. Dann hat man also Verbündete gesucht und angenommen. Ich habe zum Beispiel sehr viele Diskussionen mit der Katholischen Aktion³⁶ gehabt, wohl wissend, dass bei bestimmten Bereichen der Justizreform, nicht nur den 144er betreffend, von der Seite sehr große Widerstände kommen können und man daher das Gespräch sucht und sie einbindet, weil sie einen großen Einfluss auf große Teile der Bevölkerung haben.

Es hat dann immer wieder die ganz starke Verbindung zu den Gewerkschaften gegeben. Die Gewerkschaften haben innerhalb der SP eine bedeutende Rolle gespielt, die siamesischen Zwillinge seit den Tagen der Monarchie³⁷, mit den Parlamentspräsidenten, die die ÖGB-Spitzenfunktionäre waren, von Böhm³⁸ bis Benya³⁹. Wir haben mit vielen Organisationen der Zivilgesellschaft den Kontakt gesucht. Wir haben

36 | Die Katholische Aktion ist eine Laienbewegung der katholischen Kirche, die auf den italienischen Laienkatholizismus des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Die Katholische Aktion Österreich wurde als Dachverband katholischer Laienorganisationen 1949 gegründet und 1950 durch die Österreichische Bischofskonferenz bestätigt.

37 | Die Metapher von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaft als siamesischen Zwillingen stammt von Victor Adler (1852–1918), dem Gründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

38 | Johann Böhm (1886–1959), Bauarbeiter und Gewerkschafter, gehörte schon von 1930 bis 1934 für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und von 1945 bis zu seinem Tod 1959 für die SPÖ dem Nationalrat an. Nachdem er zwischen 1934 und 1945 mehrfach aus politischen Gründen inhaftiert gewesen war, zählte er 1945 zu den Gründern des überparteilichen Österreichischen Gewerkschaftsbundes und fungierte bis zu seinem Tod auch als dessen Präsident. Im Jahr 1945 war er daneben Staatssekretär im Staatsamt für soziale Verwaltung und von 1945 bis 1959 Zweiter Präsident des Nationalrates.

39 | Anton Benya (1912–2001), gelernter Elektromechaniker, wurde 1948 Leitender Sekretär des ÖGB. Er war Vorsitzender der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie und ab 1959 Vizepräsident, von 1963 bis 1987 Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Von 1956 bis 1986 war er Abgeordneter zum Nationalrat, von 1971 bis 1986 Präsident des Nationalrates und damit der bisher längstdienende Inhaber dieser Funktion. In der Zeit der SPÖ-Alleinregierungen galt er als der neben Bundeskanzler Kreisky einflussreichste SPÖ-Politiker und gleichzeitig gemeinsam mit dem Präsidenten der Bundeswirtschaftskammer Rudolf Sallinger als Garant der Sozialpartnerschaft.



Konstituierende Sitzung des Nationalrates - 1. Nationalratssitzung der XVI. Gesetzgebungsperiode 1983
(oben) Karl Blecha (li.) neben Fred Sinowatz (Mitte) und Norbert Steger (stehend)
(unten) (v. li.) Bruno Kreisky, Jolanda Offenbeck, Norbert Steger und Karl Blecha



in der Jungen SP den Kampf gegen Rassismus, Formen von Faschismus, autoritäre Bewegungen besonders stark betont, und da hat man natürlich mit den KZ-Verbänden, mit den anderen Jugendorganisationen, mit sich neu gründenden Opferverbänden zusammengearbeitet. Damals gab es die ersten Diskussionen über die Rehabilitierung der Deserteure, das ist noch nicht zum Durchbruch gebracht worden⁴⁰, aber es gab damals mehr als heute noch lebende Angehörige oder selbst Betroffene, die noch immer sehr stark gelitten haben unter der Diskriminierung. Das waren Gruppen, zu denen man den Kontakt bewusst gesucht hat, um von ihnen auch Anregungen zu bekommen, was man da machen könnte.

Interviewer: Wie groß war damals der Einfluss der Sozialpartnerschaft auf die Gesetzgebung?

Karl Blecha: Ganz enorm! Wie Sie wissen, ganz enorm. Er hat in dem Bereich der Sozialgesetzgebung und der Wirtschaftsgesetze mehr oder weniger tonangebend gewirkt. Es ist ja damals gesagt worden, die Nebenregierung wären die Sozialpartner. So war es nicht ganz, weil sowohl der Sallinger⁴¹ in seiner Partei bestimmte Rücksichtnahmen treffen musste, und Benya wiederum war von seinem Charakter her einer, der nicht den Konflikt etwa mit einem Parteivorsitzenden sucht, sondern alles tun würde, einen solchen abzuwenden, und sich eher dem intellektuell von ihm als besonders hoch eingeschätzten Kreisky zu unterwerfen, als in Konfrontation zu treten. Also, wenn es Spitz auf Knopf gegangen ist, haben in beiden Parteien eigentlich die führenden Persönlichkeiten außerhalb der Sozialpartnerschaft starken Einfluss auf etliche Entscheidungen gehabt.

40 | Erst mit dem vom Nationalrat am 21. Oktober 2009 beschlossenen Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz, BGBl. I Nr. 110/2009, wurden die gegen Deserteure und andere Verfolgte der Wehrmachtsjustiz ergangenen Urteile endgültig aufgehoben und die Betroffenen als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt.

41 | Rudolf Sallinger (1916–1992), Inhaber eines Steinmetzbetriebes, war ab 1960 Präsident der Wiener Handelskammer und von 1964 bis 1990 als Nachfolger von Julius Raab Präsident der Bundeswirtschaftskammer, zugleich von 1966 bis 1990 Bundesobmann des Österreichischen Wirtschaftsbundes, der wirtschaftlichen Teilorganisation der ÖVP. Von 1966 bis 1990 gehörte er auch dem Nationalrat an. Gemeinsam mit seinem Pendant aufseiten des ÖGB, dem ÖGB-Präsidenten Anton Benya, machte er sich besonders um die österreichische Sozialpartnerschaft verdient.

Interviewer: Sie haben zuvor einen Bereich der Justizgesetzgebung angesprochen, wo im Parlament noch ein gewisser Spielraum in der Endverhandlung bestanden hat. Wie war der im Bereich der Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung?

Karl Blecha: Gering! Der war eindeutig geringer. Aber ich war mehr in den Bereichen tätig, in denen man im Parlament auch viel machen hat können. Es ist ja bei der Sozialpartnerschaft allgemein anerkannt gewesen, dass sie Österreich konfliktfrei gestellt hat in den Bereichen des Sozialen, der Beschäftigung, der Verteilung. Und die Erfolge der Sozialpartnerschaft in diesen Bereichen sind in keiner Weise kleinzureden, sie haben ja etwas für beide Seiten gebracht. Ich glaube, dass die Sozialpartnerschaft etwa in der Zeit der Alleinregierung, der sozialistischen Alleinregierung, einen enormen Beitrag auch dafür geleistet hat, dass der soziale Friede nie gefährdet worden ist. Ich hätte mir vorstellen können, dass zum Beispiel die heute auch sehr kämpferisch auftretende GÖD⁴² einer Regierung etliches an Schwierigkeiten hätte bereiten können, wenn es nicht in der Sozialpartnerschaft schon die Diskussionen darüber gegeben hätte, was sie sich vorgestellt haben, und es daher nicht zu einem Konflikt gekommen ist.

Interviewer: Sie haben zuvor darauf hingewiesen, dass es natürlich auch innerhalb der politischen Parteien Meinungsunterschiede, unterschiedliche Richtungen und Strömungen gab. Wieweit war das noch in der Fraktion spürbar? War da die Entscheidungsfindung in der Regel einfach oder hat es da manchmal noch stärkere Diskurse gegeben über die inhaltlichen Positionen?

Karl Blecha: Die hat es gegeben – natürlich! Es hat in der Fraktionsvollversammlung immer sehr, sehr heftige Diskussionen bei bestimmten Gesetzen, auch bei solchen, die von den Sozialpartnern mehr oder weniger schon vorgegeben waren, gegeben. Ich glaube, diese Diskussionskultur ist heute nicht mehr so entwickelt.

Interviewer: Ist diese Diskussion dann in der Regel ohne Abstimmung zu einem konsensuellen Ergebnis gelangt oder waren Abstimmungen in der Fraktion häufig?

42 | Die Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD) vertritt die Interessen der öffentlich Bediensteten des Bundes und der Länder. Anders als in den anderen Teilgewerkschaften werden in der GÖD die Gremien traditionell von der Fraktion Christlicher Gewerkschafter dominiert.

Karl Blecha: Selten. Die Abstimmungen waren sehr, sehr selten ... und das war das Geschick des jeweiligen Klubobmannes; in Zeiten, wo der Klubobmann nicht so stark war, des Klubsekretärs, der im Hintergrund wirkte. Also eine ganz besondere Rolle hat Heinz Fischer gespielt, der bemerkt hat, wo es zu einer Konfliktsituation kommt. Er war ja in der Zeit der mächtige Klubsekretär, mächtiger als der Klubobmann, der Gewerkschafter Weisz⁴³, der hat alles unterstützt, was der Heinzi Fischer vorgeschlagen hat. Also, die Rolle Fischers – nach außen war es immer der Weisz!; er war immer einer, der sich in den Hintergrund stellt, aber jetzt kann man das offen sagen –: Der, der wirklich so vieles konfliktfrei zu Ende gebracht hat, war der im Hintergrund tätige Klubsekretär. Das war der Einfluss.

Abstimmung: ganz selten; aber zum Teil auch heftige Diskussionen, das möchte ich schon sagen. Also zum Beispiel der von mir in anderem Zusammenhang erwähnte Eisenbahner Ulbrich hat oft gepoltert: „Wann i am Bahnhof kumm zu meine Leit, dann sogn die des und des. Was bildets euch ihr ei?“ Also da ist es schon zu sehr heftigen Wortmeldungen gekommen. Und mancher Minister ist dort richtig „zsammgstutzt“ worden. Das habe ich auch erlebt.

Interviewer: Hat das dann auch zu inhaltlichen Positionsänderungen geführt?

Karl Blecha: Na ja, es hat zu solchen Änderungen geführt, dass man, wenn so ein Konflikt ausgebrochen ist, sich dann bei späteren kontroversiellen Gesetzentwürfen im Vorfeld bemüht hat, viel auszuräumen und das nicht mehr in der Fraktionsversammlung sozusagen ausbrechen zu lassen.

Interviewer: Wir haben jetzt vor allem über die Zeit der SPÖ-Alleinregierung gesprochen, die 1983 zu Ende gegangen ist. Sie haben im Jahr 1983 dann Ihre Funktion verändert, Sie sind in die Bundesregierung eingetreten als Bundesminister für Inneres,

43 | Robert Weisz (1910–1987), Verwaltungsbeamter in Wien, war Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Österreichs und gehörte für die SPÖ von 1959 bis 1966 dem Wiener Landtag und Gemeinderat, von 1966 bis 1975 dem Nationalrat an. Von 1973 bis 1975 war er geschäftsführender Klubobmann des Parlamentsklubs der SPÖ. Von 1977 bis 1983 übte er die neu geschaffene Funktion eines Volksanwaltes aus.



Karl Blecha (2. v. li.), Anton Benya (3. v. li.), Heinz Fischer (4. v. li.) u. a.
bei einer Pressekonferenz im Presseclub Concordia vor Journalisten



(v. li.) Nationalratspräsident a. D. Andreas Khol, Vorsitzende der Bundesjugendvertretung Laura Schoch, Karl Blecha und Bundespräsident Heinz Fischer (2015)

haben also das Parlament dann mehr von außen als Verhandlungspartner im Gesetzgebungsprozess gesehen. Aus dieser veränderten Perspektive einerseits und aus den veränderten Verhandlungsvoraussetzungen andererseits – kleine Koalition, dann Große Koalition –: Wie hat sich da der Gesetzgebungsprozess ab 1983 verändert?

Karl Blecha: Grundsätzlich würde ich von meiner Warte aus sagen, als Innenminister, der natürlich auch sehr viel an Novellierungen vorzuschlagen hatte, ist eigentlich die Methode, die man in der Alleinregierung praktiziert hat, beibehalten worden. Man hat ein sehr weit gefächertes Begutachtungsverfahren⁴⁴ geschätzt, hat das nicht so einfach schubladisiert, was da gekommen ist, und hat mit denen, die sich zu einem bestimmten Gesetzentwurf negativ geäußert haben – begründet, was ja in Stellungnahmen so sein müsste –, sofort Kontakt aufgenommen und hat, bevor das noch im parlamentarischen Raum Wogen schlagen kann, sie vorher im Ministerium zu glätten und bestimmte Dinge zu erklären versucht, warum man es so und nicht anders formuliert hat – und das wiederum unter Beziehung von Beamten. Das wurde immer dankend angenommen.

Also, bei uns war das üblich, das war nicht in allen Ministerien so – wie man mir erzählt hat, das kann ich nicht sagen –, aber wir haben bei jedem Gesetzentwurf geschaut, nicht nur, dass die anderen Fraktionen ... bei der mitregierenden FPÖ war

44 | Im vorparlamentarischen Begutachtungsverfahren wurden schon seit der Zwischenkriegszeit Stellungnahmen zu den von den Bundesministerien zur Begutachtung ausgesandten Gesetzentwürfen abgegeben, und zwar von den dazu eingeladenen übrigen Bundesministerien, den Ländern und den gesetzlichen Interessenvertretungen; in weiterer Folge wurden auch andere Interessenvertretungen, wie ab 1945 der Österreichische Gewerkschaftsbund, in das Begutachtungsverfahren einbezogen. Zweck dieses Verfahrens war die Berücksichtigung der verschiedenen Interessen im Ministerialentwurf, noch bevor der Entwurf vom Ministerrat beschlossen und als Regierungsvorlage dem Nationalrat zugeleitet wurde. Im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über das Geschäftsordnungsgesetz 1961 fasste der Nationalrat eine Entschließung, in welcher die Bundesregierung dazu aufgefordert wurde, die Ministerialentwürfe auch dem Präsidium des Nationalrates zur Weiterleitung an die parlamentarischen Klubs zuzuleiten und die zur Stellungnahme eingeladenen Institutionen dazu aufzufordern, auch ihre Stellungnahmen an das Präsidium des Nationalrates zu senden. Damit sollte den parlamentarischen Klubs ein frühzeitiger Einblick in die Gesetzgebungsvorhaben der Bundesregierung und die zivilgesellschaftlichen Positionen dazu eröffnet werden.

das relativ einfach, da war mein Pendant der Justizminister Ofner⁴⁵, und das haben wir im persönlichen Gespräch geklärt: „Ich muss das jetzt machen, was sagt ihr dazu?“ Aber dann haben wir uns mit denen auseinandergesetzt, und da sind wir schon wieder bei der Zivilgesellschaft, die auch begutachtende Stelle war – nicht nur die Sozialpartner, sondern alle anderen auch. Und da hat man bei diesen Gesprächen sehr vieles bereinigt und hat so geschickt wie in der Alleinregierungszeit auch in der Zeit der kleinen Koalition die Konflikte relativ niedrig gehalten.

Interviewer: Im Jahr 1986 dann neuerlicher Regierungswechsel: Ist dieses Modell dann fortgesetzt worden oder war es schwieriger, mit der ÖVP zu Verhandlungs-ergebnissen zu kommen?

Karl Blecha: Das war viel schwieriger. Da kann man keinen Vergleich ziehen! (Heiterkeit.)

Interviewer: Woran lag das?

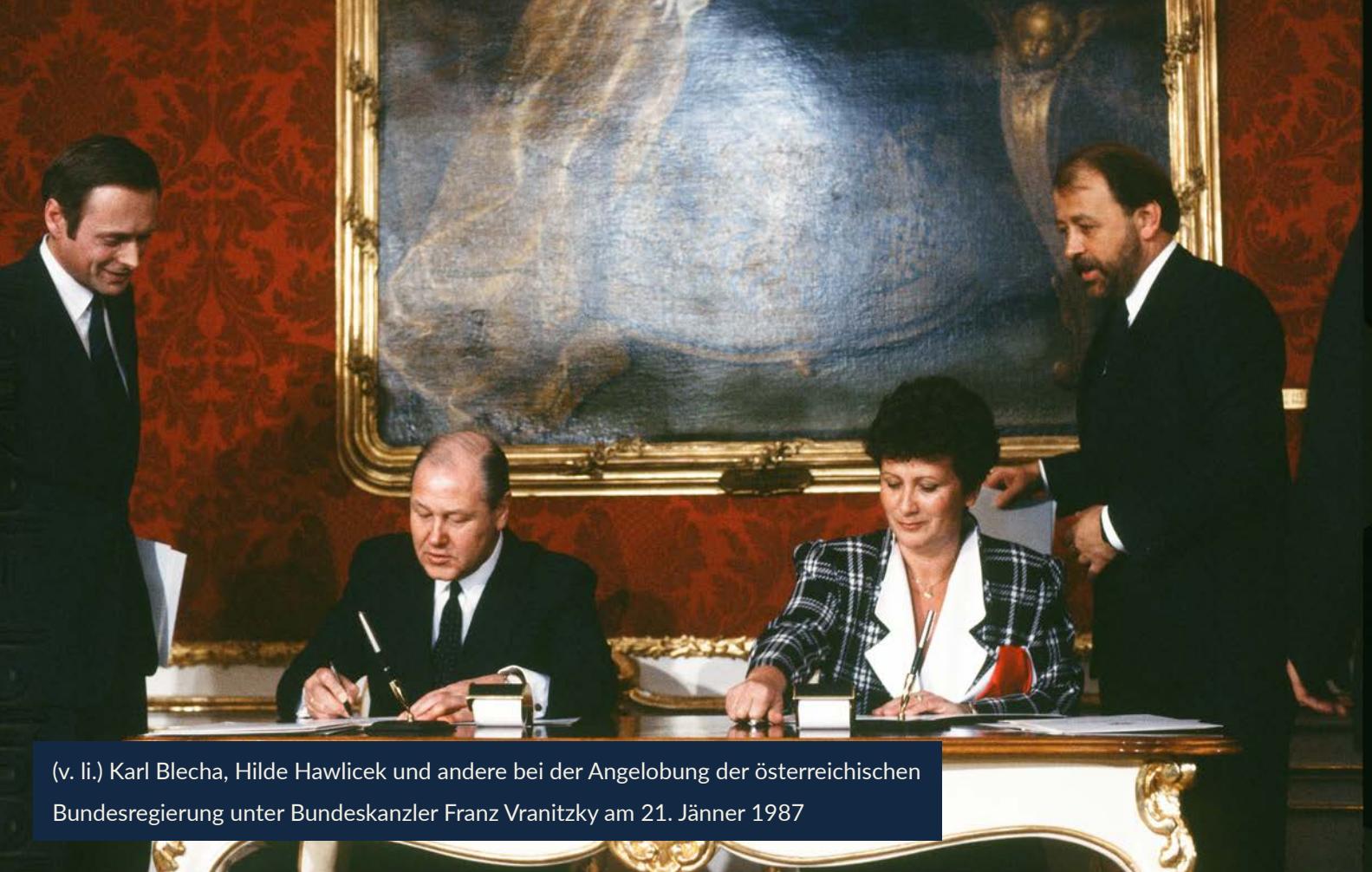
Karl Blecha: Ich glaube, dass es auch an den handelnden Personen lag. [...]

Interviewer: Im Nationalrat ist 1986 insbesondere auch dadurch eine neue Situation entstanden, dass erstmals seit 1959 eine vierte Fraktion in den Nationalrat gekommen ist – mit den Grünen, die mit sehr großem Eifer, aber wenig Erfahrung in den parlamentarischen Betrieb eingestiegen sind. Aus Ihrer beobachtenden Rolle als Bundesminister: Was hat das für den Parlamentarismus bedeutet?

Karl Blecha: Es ist eine völlig neue Situation durch die Grünen entstanden: Dinge, die es im Parlament vorher nicht gegeben hat, wie das Filibustern⁴⁶. Wenn ich mich erin-

45 | Harald Ofner (*1932), von Beruf Rechtsanwalt, war von 1974 bis 1976 Landesparteiobmann-Stellvertreter und von 1976 bis 1989 Landesparteiobmann der FPÖ Niederösterreich. Von 1979 bis 1983 sowie von 1986 bis 2002 gehörte er dem Nationalrat an. Von 1983 bis 1987 bekleidete er das Amt des Bundesministers für Justiz.

46 | Ausgehend vom US-amerikanischen Parlamentarismus bezeichnet der Begriff Filibustern die Verzögerung der parlamentarischen Beschlussfassung durch Dauerreden. Der Begriff selbst geht auf eine Bezeichnung für die Piraten zurück, die in der frühen Neuzeit die Karibik unsicher gemacht haben.



(v. li.) Karl Blecha, Hilde Hawlicek und andere bei der Angelobung der österreichischen Bundesregierung unter Bundeskanzler Franz Vranitzky am 21. Jänner 1987



(v. li.) Karl Blecha und Franz Vranitzky in der SPÖ-Zentrale in Wien, aufgenommen am 18. Jänner 1989

nere, es hat der frühere Staatsanwalt Geyer⁴⁷ hier eine Rede von, ich glaube, 9 Stunden Länge gehalten. Das war vorher ja undenkbar! Da ist ein neues Parlament durch die Grünen entstanden. Und ich habe zur Freda Meissner-Blau⁴⁸ eine sehr freundschaftliche persönliche Beziehung gehabt, aber sonst zu den Grünen immer eine Abwehrhaltung. Das waren ja sowohl bei Hainburg⁴⁹ als auch in vielen anderen Punkten – Demonstrationen, Straßenblockaden, Besetzungen – die direkten Kontrahenten.

Interviewer: Wir haben jetzt sehr viel über die Gesetzgebung gesprochen. Unter den Parlamentsfunktionen, die Sie vielleicht in Ihren Aufgabenbereichen weniger aktiv ausgeübt haben, ist aber doch zentral die Kontrolle der Regierung. Vielleicht können Sie diese Funktion einschätzen, auch natürlich aus Ihrer Rolle als Bundesminister und damit als vom Parlament Kontrollierter heraus?

47 | Walter Geyer (*1947), von Beruf Staatsanwalt, war von 1986 bis 1988 Abgeordneter zum Nationalrat und stv. Klubobmann des Grünen Parlamentsklubs.

48 | Freda Meissner-Blau (1927–2015) hatte sich als Friedens- und Umweltaktivistin, u. a. im Kampf gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf und die Errichtung des Donaukraftwerks Hainburg, österreichweit einen hohen Bekanntheitsgrad erworben. Nachdem sie als Kandidatin bei der Bundespräsidentenwahl 1986 einen Stimmenanteil von 5,5 Prozent erreicht hatte, wirkte sie beim Zusammenschluss der verschiedenen ökologisch und alternativ orientierten politischen Bewegungen zu einer gemeinsamen Wahlpartei für die Nationalratswahl 1986 als Integrationsfigur. Nach dem erstmaligen Einzug der Grünen (unter der Bezeichnung „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau“) in den Nationalrat übte sie ihr Abgeordnetenmandat bis 1988 aus und fungierte auch als Klubobfrau.

49 | Nach der politischen Bewegung gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf war der Kampf gegen die Errichtung des Donaukraftwerks Hainburg und die damit verbundene Zerstörung von Donauauen unterhalb Wiens der zweite österreichweit medial wirksame Schritt zur Formierung einer gesamtösterreichischen Ökologiebewegung. Nach Ende der behördlichen Genehmigungsverfahren begann die Österreichische Donaukraftwerke AG im Dezember 1984 bei Stopfenreuth mit den Rodungsarbeiten für den Kraftwerksbau, was zur Besetzung der Stopfenreuther Au durch Hunderte Aktivistinnen und Aktivisten und zur Einstellung der Rodungen führte. Unter dem Druck der Aubesetzung und von Demonstrationen in Wien stoppte die Bundesregierung am 21. Dezember 1984 die Rodungen. Die Besetzung dauerte bis Anfang Jänner 1985 an, als der Verwaltungsgerichtshof weitere Rodungen bis zum Abschluss des laufenden Beschwerdeverfahrens untersagte. Am 1. Juli 1986 schließlich hob der Verwaltungsgerichtshof den Wasserrechtsbescheid für die Kraftwerkserrichtung auf. In weiterer Folge wurde das Augebiet zu einem Teil des 1996 errichteten Nationalparks Donau-Auen.

Karl Blecha: Es haben sich in der Zeit, in der ich Bundesminister war, die Frage-möglichkeiten perfektioniert, die Fragestunde⁵⁰, die laufenden Anfragen, die oft gleich in 20 bis 80 verschiedene Unterfragen aufzuteilen waren, und die haben den Ministerien unglaubliche Arbeit verschafft, die hat es vorher nicht gegeben. Das ist damals in der Zeit der kleinen Koalition, glaube ich, und dann in der Zeit der Großen Koalition mit den zusätzlichen oppositionellen Grünen zu einer Meisterschaft der Oppositionsparteien entwickelt worden, in dem Maß hat es das vorher noch nicht gegeben.

Interviewer: Hat das nachweisbare Konsequenzen gehabt, zum Beispiel im Erscheinungsbild des Parlaments oder in der Beurteilung der Politik der Bundesregierung durch die Öffentlichkeit?

Karl Blecha: Es hat natürlich in der Beurteilung durch die Öffentlichkeit eine Rolle gespielt, denn das, was von den Fragestunden oder schriftlichen Anfragen sehr wohl von den Fragestellern den Medien übermittelt worden ist, hat dazu beigetragen, ein bisschen auch die Wertschätzung von Regierungsmitgliedern zu mindern. Also jetzt ist dargestellt worden, was die alles nicht machen, was alles falsch ist und so weiter. Und die Publizität war aufgrund dieser parlamentarischen Aktivitäten eine ungleich größere als früher. Und insofern kann ich das nur bejahren: Die Öffentlichkeit hat mehr Notiz genommen, aber in einer etwas verzerrten Form, weil die Opposition ja Interesse hat, bestimmte Missstände aufzuzeigen, bestimmte Fehler, die gemacht worden sind, aufzuzeigen, und nicht, irgendetwas Positives zu unterstreichen.

Und dann ist es eben so weit gegangen – was ich bis zum heutigen Tag feststellen muss –: Die Regierenden haben dieser Informationskampagne – wenn man will – der parlamentarischen Opposition wenig entgegengesetzt. Als sie das dann bemerkte

50 | Die Fragestunde ist im Nationalrat mit der Geschäftsordnungsreform 1961 eingeführt worden. Nach dem Vorbild des britischen Parlaments, wo dieses Instrument als Question Time bezeichnet wird, sollte damit der Parlamentarismus belebt werden. Grundsätzlich sollte am Beginn jeder Plenarsitzung eine Fragestunde stattfinden, in welcher kurze mündliche Anfragen an ein Mitglied der Bundesregierung gerichtet werden können. Da diese mündlichen Anfragen zuvor schriftlich einzureichen sind, entsteht der Effekt eines lebendigen Diskurses eher durch die anschließenden mündlichen Zusatzfragen.



Porträtfoto von Karl Blecha



Innenminister Karl Blecha (re.) mit dem nicaraguanischen Vizepräsidenten Sergio Ramírez Mercado (1988)
Mercado erhielt den Bruno-Kreisky-Preis 1988 für Verdienste um die Menschenrechte



Besuch des Staatspräsidenten der Republik Bulgarien Georgi Parwanow (2011)

(v. li.) Staatspräsident Parvanov, ein Veranstaltungsteilnehmer und Karl Blecha im Gespräch





(oben) Bundespräsident Heinz Fischer vor einem Foto mit Andreas Khol und Karl Blecha (2011), das bei der Fotoausstellung „Macht der Bilder“ im Parlament gezeigt wurde

(unten) Karl Blecha (re.) und Andreas Khol (li.) bei einer Vollversammlung des Seniorenrates (2013)

haben, in einem eher unzulässigen, erst recht Kritik auslösenden Maß, das dann wiederum zu verschiedenen Transparenzgesetzen der jüngsten Vergangenheit geführt hat ... also, unbeholfen ist die Regierung dargestellt worden seit dieser Veränderung des parlamentarischen Lebens, und es hängt schon ein bisschen mit dem Eintritt der Grünen ins Parlament zusammen.

Interviewer: Sie haben als empirischer Sozialforscher immer ein feines Sensorium gehabt für die Stimmungen in der Öffentlichkeit, in der Zivilgesellschaft. Wie hat sich aus Ihrer Sicht die Einschätzung des Parlaments oder das Image des Parlaments in der Zeit, die Sie beobachten konnten, entwickelt oder verändert?

Karl Blecha: Das Parlament hat in der Zeit, in der meine Beobachtungen begonnen haben, nicht einen so hohen Stellenwert gehabt, wie ihm in Wirklichkeit aufgrund seiner Arbeit zugekommen wäre. Man hat also doch viel mehr gemeint – ich rede jetzt wieder von den Siebzigern, Alleinregierung – die Regierung, die macht etwas. Und innerhalb der Regierung wurde das im Parteirahmen diskutiert und im vorparlamentarischen Raum von der Partei mit allen anderen verhandelt, besprochen und so weiter. Daher ist die wirkliche besondere Rolle des Parlaments ein bisschen zu kurz gekommen; aber sie war nie negativ, wie es dann später war: „Die sind eine Quatschbude! Da geht nix weiter!“ Das wäre undenkbar gewesen in der Zeit, nein, da gab es ein hohes Ansehen, aber das Parlament hatte nicht die Bedeutung, die es in Wirklichkeit in dem Prozess der Gesetzwerdung in der Zeit auch hatte.

Man hat das wahrscheinlich in der Öffentlichkeit gar nicht so sehr zur Kenntnis genommen, dass 80 Prozent der Gesetze einstimmig verabschiedet worden sind. Dass die aber oft Ergebnis eines parlamentarischen Verhandlungsmarathons waren, das hat die Öffentlichkeit, glaube ich, nicht so sehr gesehen – und damit die Rolle des Parlaments.

Die Frageformen, Kritik, und dann die Untersuchungsausschüsse – die ersten, die ja der Leopold Gratz und ich, wirklich, kann man heute schon sagen, aus Jux und Tollerei, selber wollten, unbedingt wollten –, die haben dann zu meiner Ansicht nach unglaublichen Exzessen geführt und haben das Parlament nicht aufgewertet.

Interviewer: Konnten Sie eine Abnahme der Akzeptanz des Parlaments in der öffentlichen Meinung beobachten?

Karl Blecha: Die ist dann schon eingetreten, aber ich weiß nicht, wann die genau begonnen hat. Sie ist ja in der Zeit der schwarz-blauen Regierung meiner Ansicht nach noch nicht so deutlich gewesen, aber da kann ich mich auch täuschen, ich weiß das jetzt nicht so genau. Dann wiederum, als wir die Großen Koalitionen hatten, ist vor allem auch in der Boulevardpresse sehr, sehr viel Kritik am Parlament verbreitet worden. Also ich glaube, dass das Bild des Parlaments in der Zeit nach 2000 deutlich negativer in der Öffentlichkeit empfunden wurde, als in den vielen Perioden vorher, aber das ist eine rein subjektive Einschätzung.

Interviewer: Die im Übrigen auch von Präsident Khol geteilt wurde in dem Gespräch, das wir mit ihm geführt haben⁵¹.

Wenn Sie beispielsweise einem jungen Menschen die Funktion des Parlaments im politischen System Österreichs erklären wollten, wie würden Sie das tun?

Karl Blecha: Ich würde natürlich bei der Gesetzgebung anfangen, dafür ist es da. Und heute wird es eher als Kontrollorgan beschrieben – das auch –, aber ich würde sagen, ein viel effizienteres haben wir in Form des Rechnungshofes, der natürlich dem Parlament untersteht, aber der hat die Leute, der kann das machen. Das Parlament ist notwendig, damit eine solche Institution wie der Rechnungshof wirklich gehört wird, und dass das, was der jetzt aufdeckt, nicht nur in Zeitungen, sondern ganz korrekt diskutiert wird. Aber die Kontrollfunktion würde ich eben nicht so sehr in den Vordergrund meiner Darstellung einem Jungen gegenüber stellen, sondern die Gesetzwerdung. Wir sind ein Rechtsstaat, das Wichtigste ist, dass Gesetze da sind, die man einzuhalten hat, und die entstehen im Parlament! Und wieso entstehen sie dort, und wie entstehen sie dort? – Das würde ich erklären.

51 | Andreas Khol im Gespräch mit Günther Schefbeck (Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen, Band 2), S. 68 f.

Interviewer: An welche Persönlichkeiten, die Ihnen in Ihrer parlamentarischen Laufbahn begegnet sind, erinnern Sie sich als besonders wichtig, als besonders prägend?

Karl Blecha: Ich habe schon anfangs erwähnt: meine Förderer. Bruno Pittermann war ein unglaublich eloquerter, humorvoller und unglaublich gebildeter Mann – das war mein erster Klubobmann. Karl Czernetz kennen Sie genauso gut wie ich, er war auch eine faszinierende Person, nicht immer ganz auf der Linie des Bruno Kreisky, und ist daher auch von ihm nie sehr gut behandelt worden; das habe ich etwas schmerhaft empfunden. Aber auch er war eloquent, gebildet, sehr, sehr aktiv, ausgestattet mit einer überdurchschnittlichen Schaffenskraft, hat viel geschrieben, viel gelesen, viel gesprochen, sich viel angehört – er hat auch zuhören können, was bei guten Rednern seltener ist.

Eng verbunden war ich auch, neben dem Heinz Fischer, den ich immer wieder erwähnen muss ... wir hatten ja damals im Parlament, bevor ich Minister geworden bin, keine Arbeitsräume, man hat ja eigentlich alles im Aktenkoffer mitgehabt, was man für einen Parlamentstag braucht. Und ich habe den großen Vorteil gehabt, dass der Heinz da ein Büro hatte und ich manches Mal zur Vorbereitung einer Sitzung mit ihm gemeinsam so eine Vorbereitung nehmen durfte und konnte. Ich glaube nicht, dass andere Abgeordnete so eine Begünstigung hatten, und es war daher sehr schwierig und stellt gar keinen Vergleich zu heute dar. Man hat auch keinen Mitarbeiter gehabt. Die Reden hat man sich selber gemacht, man hat nicht googeln können, man hat sich selber mühsam in der Parlamentsbibliothek verschiedene Sachen rausgeholt, um dann zitieren zu können, was irgendeiner, wo man sich erinnert hat, dass der da eine Rolle gespielt hat, dazu gesagt hat.

Beim Suchen hat mir damals – auch eine Persönlichkeit – der Parlamentsdirektor Dr. Czerny⁵² oft geholfen, der mir besonders in den Fragen der Wahlrechtsänderun-

52 | Wilhelm F. Czerny (1924–1989) war nach Absolvierung des Studiums der Geschichte und des Kurses am Institut für österreichische Geschichtsforschung 1948 als Archivar in die Parlamentsdirektion eingetreten und hatte dort bald Aufgaben im allgemeinen Verwaltungsdienst übernommen. Vom damaligen Parlamentsdirektor Rosiczky beruflich „kaltgestellt“, benützte er seine dadurch freigewordenen Kapazitäten in den 1960er-Jahren einerseits zur Erarbeitung des ersten Kommentars zur

gen enorm geholfen hat. Nur um ein Beispiel zu nennen: Er hat gesagt: „Ja, vom Karl Renner gibt es dort und dort ... das müssen wir jetzt aus der Parlamentsbibliothek holen“. Und ich konnte dann zitieren, wie der Karl Renner das Wahlrecht gesehen hat im Zwanzigerjahr und was er sich darunter vorgestellt hat und so weiter. Also, solche Persönlichkeiten hat man gebraucht, um eine entsprechend gute Arbeit leisten zu können. Heute ist das alles viel technischer. Damals hat man wirklich ein persönliches Näheverhältnis zu diesen wirklich einmaligen Persönlichkeiten entwickelt haben müssen.

Interviewer: Wer waren nach Ihrem Eindruck die besten Redner im Parlament, durchaus auch von den anderen Fraktionen?

Karl Blecha: Von der SPÖ habe ich es schon gesagt. Es war natürlich in der Zeit, als er Abgeordneter war, ein phänomenaler Redner der junge Hannes Androsch⁵³, der war da ganz, ganz großartig. Bei den anderen Fraktionen? Es hängt damit zusammen, wie weit man mit bestimmten Themen vertraut war. Ich habe natürlich aus nahe-liegenden Gründen keine Rede des Hauses versäumt und habe ihm mit größter Aufmerksamkeit – meistens bin ich nach vorne gegangen, um nahe dem Rednerpult zu sitzen – zugehört.

Nationalratsgeschäftsordnung in der Republik, andererseits dazu, zur Etablierung des jungen Fachs Politikwissenschaft in Österreich beizutragen. 1971 wurde er zum Parlamentsvizedirektor, 1973 zum Parlamentsdirektor ernannt; in dieser Funktion trug er wesentlich zur Modernisierung der österreichischen Parlamentsverwaltung bei.

53 | Hannes Androsch (*1938–2024), beruflich Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, war von 1963 bis 1966 Klubsekretär und dann Konsulent im SPÖ-Parlamentsklub; von 1967 bis 1981 war er Abgeordneter zum Nationalrat, von 1970 bis 1976 Bundesminister für Finanzen und von 1976 bis 1981 als Vizekanzler mit der Leitung des Bundesministeriums für Finanzen betraut. Nach der Auseinandersetzung mit Bundeskanzler Bruno Kreisky, als dessen präsumtiver Nachfolger er angesehen wurde und der ihm die Teilhaberschaft an einer Steuerberatungskanzlei vorwarf, die auch Aufträge staats-eigener Unternehmen erhielt, musste er seine politischen Funktionen zurücklegen. Die Funktion als Generaldirektor der Creditanstalt, die er von 1981 bis 1988 ausübte, verlor Androsch nach rechts-kräftiger Verurteilung wegen Steuerhinterziehung sowie im Zusammenhang mit dem AKH-Skandal. In weiterer Folge war er erfolgreich als Unternehmer tätig, u. a. als Miteigentümer der Salinen Beteiligungs GmbH und des Leiterplattenherstellers AT & S.



Ein begeisternder Redner – weil er sehr humorvoll war – war der Burgenländer ...

Interviewer: Robert Graf?

Karl Blecha: Graf Robert⁵⁴, ja. Mir ist Graf zwar eingefallen, ... weil es auch den doppel-f-igen Graff⁵⁵, den Michael, gibt.

Interviewer: Der war aber kein Burgenländer, der Robert Graf war der Burgenländer.

54 | Robert Graf (1929–1996), beruflich als Gastwirt bzw. als Verlagsgeschäftsführer tätig, gehörte als Vertreter der ÖVP von 1961 bis 1966 dem Burgenländischen Landtag und von 1966 bis 1986 dem Nationalrat an. Von 1987 bis 1989 war er Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie bzw. für wirtschaftliche Angelegenheiten.

55 | Michael Graff (1937–2008), von Beruf Rechtsanwalt, war von 1982 bis 1987 Generalsekretär der ÖVP. Von 1983 bis 1994 und von 1995 bis 1996 war er Abgeordneter zum Nationalrat und von 1987 bis 1994 Obmann von dessen Justizausschuss; in dieser Funktion hatte er angesichts parteiloser Justizminister großen Einfluss auf die Justizpolitik.

Karl Blecha: Nein! Der Robert Graf war der Burgenländer, das war der blendende Redner, das war der Humorvolle, der hat immer einen Witz eingestreut und hat sich über Zwischenrufe sehr lustig machen können, und das Ganze hat den Parlamentstag belebt. Der war da ganz, ganz großartig.

Ein sehr guter Redner war der Zeillinger⁵⁶ von der FPÖ, der wirklich zu allen Themen reden konnte, da gibt es nichts, was der ausgelassen hat, und der hat immer wieder einen Faden gefunden, der zu dem Thema gepasst hat. Der Zeillinger war ein ganz großartiger Redner.

Es war in der Anfangszeit als Parlamentarier der Mock⁵⁷ ein fesselnder Redner, der es dann als Minister überhaupt nicht war. Wenn der dann als Minister Fragen zu beantworten gehabt hat, war das ein anderer Mock, als ich ihn als Abgeordneten kennengelernt habe.

Ja, da hätte ich ein bisschen nachschauen müssen, wer in der Zeit noch Abgeordneter war.

56 | Gustav Zeillinger (1917–1997), beruflich als Rechtsanwalt tätig, gehörte von 1953 bis 1977 als Vertreter des VdU bzw. der FPÖ dem Nationalrat an, wo er insbesondere durch seine rhetorische Brillanz in Erscheinung trat. Als 1977 die Volksanwaltschaft geschaffen wurde, wurde er für sechs Jahre zum Volksanwalt gewählt und trug nicht zuletzt durch seine geschickte Nutzung der elektronischen Medien dazu bei, diese neue Institution nachhaltig zu etablieren.

57 | Alois Mock (1934–2017), Ministerialbeamter und Kabinettschef von Bundeskanzler Josef Klaus, wurde von diesem schon sehr jung zum Bundesminister für Unterricht berufen und übte dieses Amt von 1969 bis 1970 aus. Von 1970 bis 1987, späterhin kurz in den Jahren 1990 und 1994 sowie von 1995 bis 1999 gehörte er dem Nationalrat an. Von 1978 bis 1987 war er Obmann des ÖVP-Parlamentsklubs, von 1979 bis 1989 Bundesparteiobmann der ÖVP. Nach der Nationalratswahl 1986 trat er als Vizekanzler in die mit Franz Vranitzky als Bundeskanzler gebildete Koalitionsregierung aus SPÖ und ÖVP ein; in dieser Funktion war er zugleich mit der Leitung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten betraut. Nach seiner Ablösung als Bundesparteiobmann blieb er von 1989 bis 1995 Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten. Er war in dieser Zeit für die Verhandlungen über den Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften bzw. zur Europäischen Union verantwortlich und konnte sie erfolgreich abschließen.

Interviewer: Aber, wenn wir es jetzt auf eine etwas abstraktere Ebene heben, aufgrund Ihrer Erfahrungen und Ihrer Eindrücke: Was macht einen guten Abgeordneten aus, was muss der können?

Karl Blecha: Der muss eine sehr, sehr gute Allgemeinbildung haben, weil er wissen muss, wo er sich bestimmte Informationen beschaffen kann, wo er etwas nachlesen kann. Wenn er vorher nichts gelesen hat, hilft ihm auch nicht, wenn ihm andere sagen: „Lies den und den.“ – Er wird das nie tun. Das ist einmal das Allererste und Wichtigste.

Dann soll er sich nicht von irgendwelchen Trainern einreden lassen, was er beim Reden zu tun hat. Er soll authentisch bleiben. Und am schlimmsten sind die, die wie aufgezogene Roboter am Rednerpult stehen und dort völlig andere Menschen sind, als man sie dann wiederum, wenn sie vom Rednerpult heruntergegangen sind, kennenlernt und sieht. Die können auch aufgezogen sein als „Brutalos“, die dort reinbrüllen und herumschreien, und in der Cafeteria sitzt man und kann sich bei einem Braunen ganz normal unterhalten. Also das lehne ich ab. Und ich weiß, dass das sehr oft wirklich in sogenannten Rhetorikkursen den Leuten eingebläut wird. Das ist falsch.

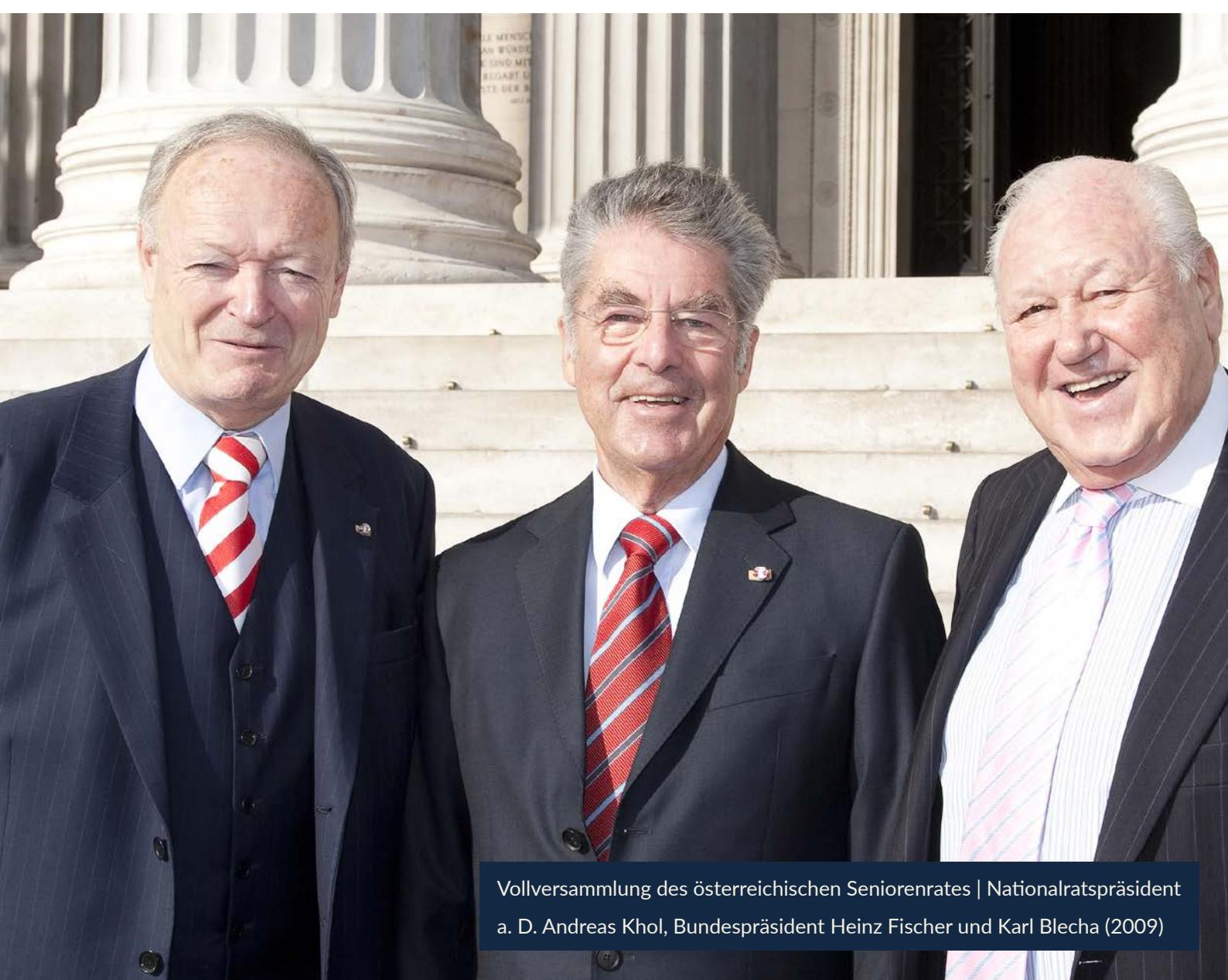
Was er sonst noch haben müsste neben der Allgemeinbildung: einen Bildungshunger. Man darf nicht mit dem zufrieden sein, was man schon weiß. Ich bin heute 82 und bin nie zufrieden, ich ärgere mich jedes Mal, dass ich so viel noch nicht weiß. Das, glaube ich, ist unerlässlich. Das muss man auch den jungen Abgeordneten einimpfen.

Was soll er sonst noch haben? – Er soll Manieren haben. Mir taugt es nicht, dass heute sehr vieles – und da haben die Grünen ihren Hauptanteil daran – an entsprechenden Manieren nicht mehr gilt. Das Haus hat eine besondere Bedeutung für den Bürger und soll nicht durch schlechte Manieren ein schlechtes Bild bei dem Bürger, den es braucht, machen.

Gut: Manieren, Bildung, Bildungshunger. Ja, der Abgeordnete soll sich auch bemühen, zumindest in einer Fremdsprache firm zu sein, weil ein Parlamentarier sehr viel



Karl Blecha 2016

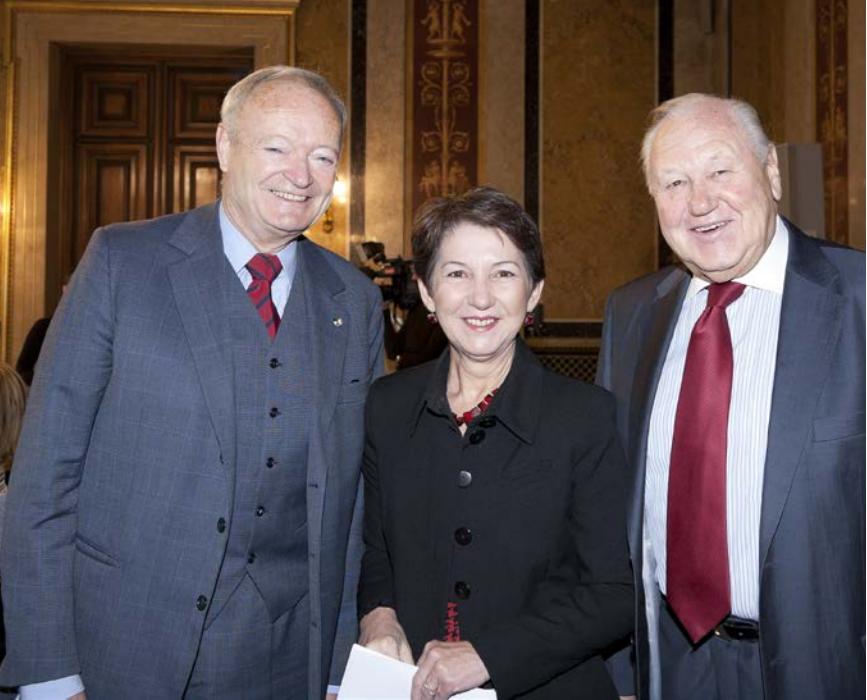


Vollversammlung des österreichischen Seniorenrates | Nationalratspräsident a. D. Andreas Khol, Bundespräsident Heinz Fischer und Karl Blecha (2009)

in Kontakt mit ausländischen Kollegen oder mit Medienvertretern kommt, und wenn er nicht Englisch kann, wird er halt nicht ganz ernst genommen und hat nicht die Reputation, die ihm wahrscheinlich zukäme. Ich kann nur Englisch, ich tät' mich freuen, wenn ich Französisch auch noch könnte, und auch Spanisch und Italienisch. Das habe ich nie gelernt, aber ich habe mich vervollkommenet, sodass ich in Englisch auch schreiben kann und fließend diskutieren kann. Und wenn man das nicht kann, ist man nur die Hälfte wert. Den Eindruck habe ich, daher würde ich jedem raten: Du musst zumindest eine Sprache können – und die in Wort und Schrift!

Interviewer: Als Sozialwissenschaftler wissen Sie, es gibt verschiedene Repräsentationskonzepte. Da steht zum Beispiel das Konzept der Vertretung eines bestimmten Wahlkreises gegen das Konzept der Vertretung des Gesamtvolkes oder das Konzept des freien Mandats gegen das Konzept des Wählerauftrages. Wo haben Sie sich da verortet? Wo haben Sie Ihren Repräsentationsschwerpunkt gesehen?

Karl Blecha: Ich habe mich vor allem als Vertreter – so bin ich ja gewählt worden – der Jungen gesehen. Und das ist über jede Wahlkreisgrenze übergreifend – bundesweit hatte man das wahrzunehmen. Ich bin, wie gesagt, gewählt worden an fünfter Stelle der Liste im Wahlkreis Viertel ober dem Wienerwald und war verankert im Bezirk Tulln. Ich habe diese Wahlkreisverankerung so gesehen, dass man den Kontakt zu den Bürgern hält, neben der besonderen Zielgruppe, der man das Mandat verdankt, bei mir: Jugend. Überall, wo Jugendkonferenzen sind, bis hin zu den Pfadfindern, überall, wo Jugend ist, muss man schauen, dass man hinkommt. Dann darf man nicht vergessen, dass man zu den Leuten geht, in dem Wahlkreis, in dem man gewählt worden ist. Und daher ist man halt zum Beispiel in Tulln zu den Bürgermeistern gepilgert und hat die gefragt, welche Probleme es gibt. Aber weniger – sage ich ganz offen – um sie im Parlament zu vertreten, sondern mehr, um die Reputation, die man hat, in die Waagschale zu werfen – dem Bürgermeister in Bezug auf den Kindergarten zu helfen, indem man mit dem Landeshauptmann redet, der ihn in der Frage nicht anhört, ihm nicht einmal einen Termin gibt –; solche Dinge, also die Position des Parlamentariers und seines Netzwerkes nützen, um Leuten in dem Wahlkreis, in dem man gewählt worden ist, wirklich zu helfen.



Karl Blecha bei einer Enquete des Seniorenrates 2010 mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (li. o., li. m.), bei einer Enquete der Bundesjugendvertretung 2012 (re. o.) und bei einer Veranstaltung anlässlich des Internationalen Tages für ältere Menschen, ebenfalls 2012: (v. li.) Seniorenratspräsident Andreas Khol, Buchautorin Christa Chorherr und Seniorenratspräsident Karl Blecha



Interviewer: Wir sind leider am Ende unserer Zeit angelangt. Gibt es noch etwas, was Sie uns zum Abschluss sagen wollen, irgendeine Schlussfolgerung, die Sie gezogen haben?

Karl Blecha: Dass wir jetzt neue Formen der Demokratie brauchen. Wir sind in einer Umbruchssituation. Der Parlamentarismus, wie wir ihn bis jetzt kennen, wird mit den neuen Herausforderungen nicht ganz fertig werden, und wir müssen alles tun, um die repräsentative Demokratie zu stärken, weil alles, was wir jetzt so viel diskutieren an Formen direkter Demokratie, letztendlich dazu führt, dass das Auseinanderbrechen der Gesellschaft gefördert wird und dass in Wirklichkeit die, die über Medien verfügen, eine unglaubliche Macht erlangen über die Instrumente der direkten Demokratie.

Wenn ich in einer großen Zeitung eine Kampagne für ein bestimmtes Thema mache und in der seit Neuestem so hoch geschätzten und verlangten Direktdemokratie das durchbringe, dann muss das nicht das sein, was in Wirklichkeit für den Zusammenhalt der Gesellschaft notwendig ist. Daher ist die Stärkung der Repräsentativdemokratie meiner Ansicht nach jetzt ein Gebot der Stunde. Und das ist ein Parlamentarismus, der sich auch ändern muss, aber sich dessen bewusst sein muss, dass er für den Gesamtzusammenhalt unserer Gesellschaft unverzichtbar ist.

Interviewer: Wie könnte diese Stärkung der repräsentativen Demokratie erfolgen?

Karl Blecha: Darüber wird jetzt gerade sehr viel diskutiert, da bin ich auch mitten in Diskussionen und werde erst dazu etwas sagen, wenn ich Land in Sicht habe!

Interviewer: Dann freuen wir uns darauf. Danke schön.

Zum Weiterlesen: Ausgewählte Schriften von Karl Blecha

- ◆ (Mit Rupert Gmoser und Heinz Kienzl) Der durchleuchtete Wähler: Beiträge zur politischen Soziologie in Österreich, Wien 1964
- ◆ (Mit Ernst Gehmacher) Opinion-Leaders in Österreich, Wien 1970
- ◆ Zielpunkte: Modernisierung und Demokratisierung, in: Rote Markierungen: Beiträge zur Ideologie und Praxis der österreichischen Sozialdemokratie, Wien 1972, S. 11–35
- ◆ Recht und Menschlichkeit: eine Dokumentation zur Änderung des § 144, Wien 1974
- ◆ (Mit Hertha Firnberg und Fred Sinowatz) Kultur, die wir meinen: Wissenschaft, Bildung, Kultur und das neue Parteiprogramm, Wien 1978
- ◆ Die Nationalratswahl 1979: Strategie und Analysen, Wien 1979
- ◆ Demokratischer Sozialismus und christliche Grundwerte, in: Heinz Fischer (Hg.), Rote Markierungen ,80, Wien 1980, S. 35–81
- ◆ Sozialistische Grundwerte und christliche Freiheit, in: Dr.-Karl-Renner-Institut (Hg.), Christentum und Sozialismus, Wien 1982, S. 4–8
- ◆ Die Politik der SPÖ – Von 1970 bis zur Zukunft, in: Michael Häupl (Hg.), Gegen den Strom: Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels, Wien 1986, S. 238 ff.
- ◆ Frieden für den Nahen Osten, Wien 1987
- ◆ Die sanfte Revolution, in: Erich Fröschl (Hg.), Politik über den Tag hinaus, Wien 1996, S. 150 ff.
- ◆ (Mit Heinz Kienzl und Hubert Pfoch) Die politische Remigration in der Nachkriegspolitik, in: Heinz Kienzl (Hg.), Ein neuer Frühling wird in der Heimat blühen: Erinnerungen und Spurensuche, Wien 2002, S. 15 ff.
- ◆ Der Wahlkämpfer und Parteireformer, in: Hans Niessl (Hg.), Brücken bauen: Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag, Graz 2004, S. 65 ff.

- ◆ (Mit Andreas Khol und Christa Chorherr) Fressen die Alten den Kuchen weg?: Das Alter neu denken, St. Pölten 2012
- ◆ Pragmatiker mit Herz, in: Patrick Horvath u. a. (Hg.), Die „Vision Zentraleuropa“ im 21. Jahrhundert, Wien 2012, S. 133 ff.

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Herstellerin:

Republik Österreich – Bund, vertreten durch die Parlamentsdirektion

Adresse: Dr. Karl-Renner-Ring 3, 1017 Wien

Text: Günther Schefbeck

Redaktion: Sabina König, Tamara Oberleiter, Susanne Roth

Grafische Gestaltung: 4.2 – Corporate Identity | Nadja Bučovnik, Annika Schöck

Fotos:

© Parlamentsdirektion: S. 41 (oben), 52–53 (alle)

© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer: S. 12 (unten), 15, 58, 65 (unten)

© Parlamentsdirektion/Carina Ott: Coverfoto, S. 4, 61 (unten), 65 (li. o., li. m.)

© Parlamentsdirektion/Fritz Kern: S. 21 (beide)

© Parlamentsdirektion/Hertha Hurnaus: S. 2, 6, 71

© Parlamentsdirektion/Johannes Zinner: S. 45 (unten)

© Parlamentsdirektion/Mike Ranz: S. 65 (re. o., unten)

© Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen: S. 21 (oben)

© Parlamentsdirektion/Willibald Haslinger: S. 27 (beide), 32 (beide), 41 (unten)

© Österreichische Nationalbibliothek: S. 45 (oben), 48 (oben)

© ÖNB/Titzer Klaus: S. 48 (unten), 51 (unten)

© ÖNB/Wenzel-Jelinek: S. 12 (oben), 51 (oben)

Druck: Parlamentsdirektion

ISBN: 978-3-901991-64-6

Wien, im Dezember 2025

Das Interview mit Karl Blecha fand am 4. November 2015 statt.

Die Reihe wird laufend um weitere Interviews ergänzt; das Erscheinen der Bände folgt keiner Reihung oder Kategorisierung, sondern unterliegt dem Zufallsprinzip, da sie jeweils nach Fertigstellung als Publikationen aufgelegt und unter www.parlament.gv.at zum Download zur Verfügung gestellt werden. Bitte beachten Sie auch den Podcast „Geschichte(n) aus dem Parlament“, der ebenfalls auf diesen Interviews basiert, sowie die zusammenfassende Publikation „Erlebter Parlamentarismus. Das österreichische Parlament im Spiegel persönlicher Erinnerungen.“



Weitere Bände der Reihe:

Band 1: Heinz Fischer

Band 2: Andreas Khol

Band 3: Gerulf Stix

Band 4: Heide Schmidt

Band 5: Freda Meissner-Blau

Band 6: Jürgen Weiss

Band 7: Anna Elisabeth Haselbach

Band 8: Erhard Busek

Band 9: Karl Blecha

Band 10: Willi Brauneder

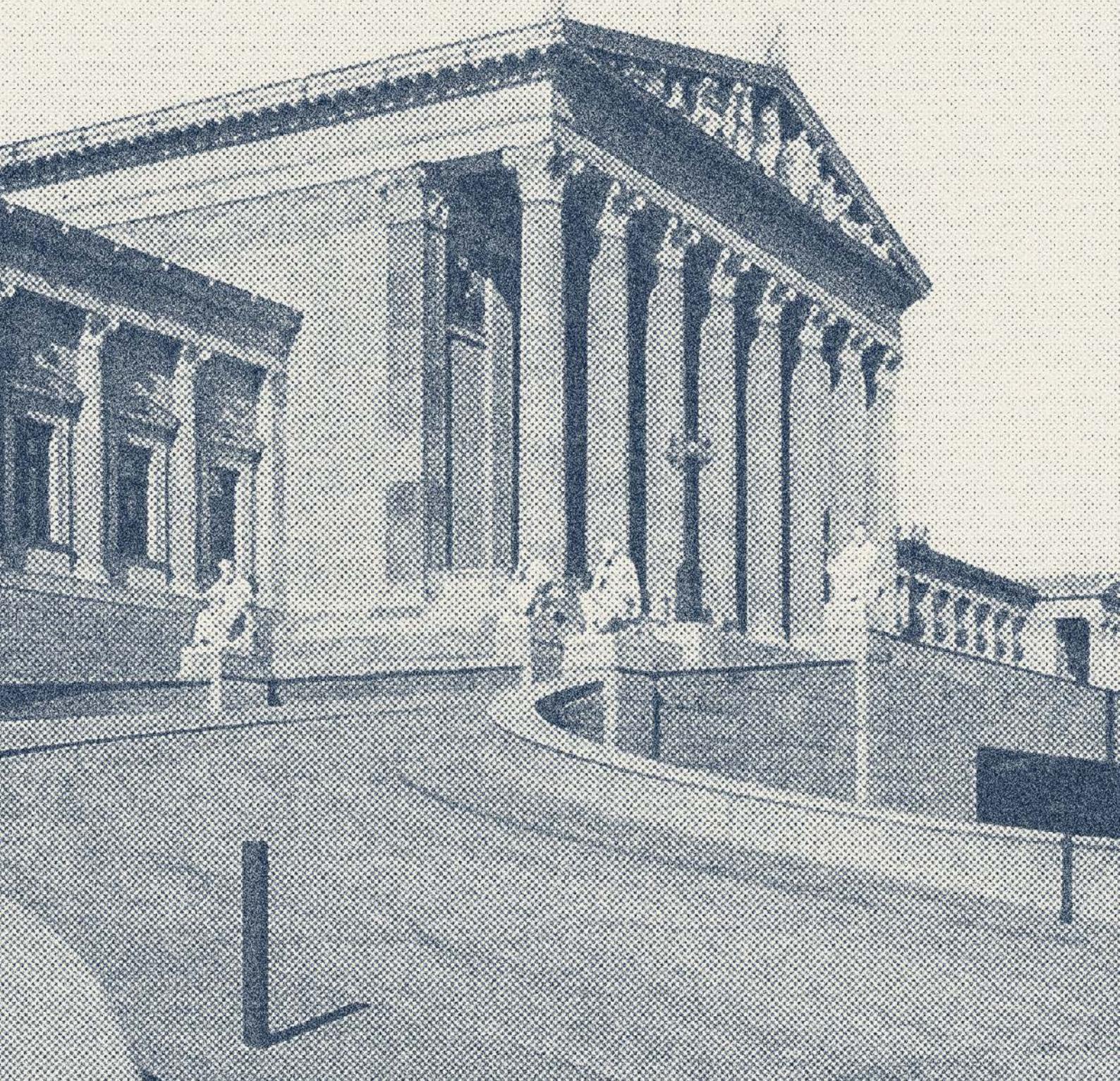
Band 11: Michael Krüger

Band 12: Peter Kostelka

Band 13: Terezija Stojsits

Band 14: Paul Kiss

Band 15: Karl Smolle



Die Reihe „Das österreichische Parlament in persönlichen Erinnerungen“ bietet neue, spannende Einblicke hinter die Kulissen des parlamentarischen Betriebs in Interviews mit ehemaligen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates. Warum politische Entscheidungen getroffen wurden, welchen Einfluss gesellschaftliche und mediale Rahmenbedingungen hatten und wie in entscheidenden Momenten der Parlamentarismus in der Praxis funktioniert – all diesen Fragen gehen die Gespräche nach und zeichnen so ein lebendiges Bild der Abläufe im österreichischen Parlament.